



# Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Herausgegeben von der Sächsischen Staatskanzlei

Nr. 1/2001

Dresden, den 29. Januar 2001

F 48501

## Inhaltsverzeichnis

Seite

19. 12. 2000	Bekanntmachung der Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes	1
	<b>Gesetz über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen (Finanzausgleichsgesetz – FAG)</b>	2
15. 1. 2001	Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die zuständigen Stellen nach dem Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses (Heizkostenzuständigkeitsverordnung)	11
20. 12. 2000	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über Zuständigkeiten nach dem Schornsteinfegergesetz und der Verordnung über das Schornsteinfegerwesen (SächsSchfZuVO)	11
12. 12. 2000	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über den Nachweis der fachlichen Eignung von Dolmetschern und Übersetzern (Sächsische Dolmetscherverordnung – SächsDolmVO)	12
9. 1. 2001	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung	13
8. 12. 2000	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über energierechtliche Zuständigkeiten	14
19. 12. 2000	Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Verordnung über den Erwerb einer Lehrbefähigung in einem weiteren Fach	15
1. 12. 2000	Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Leipzig über die Änderung der Zuständigkeit der Stadt Döbeln als untere Bauaufsichtsbehörde	15
	Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen	15

*Beilage:* **Inhaltsverzeichnis des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes Jahrgang 2000**

## Bekanntmachung der Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes Vom 19. Dezember 2000

Aufgrund von Artikel 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen vom 12. Dezember 2000 (SächsGVBl. S. 521) wird nachstehend der Wortlaut des Finanzausgleichsgesetzes in der ab 1. Januar 2001 geltenden Fassung bekannt gemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. die Fassung des Gesetzes vom 8. Dezember 1998 (SächsGVBl. S. 653),

2. das am 1. Januar 2001 in Kraft getretene eingangs genannte Gesetz.

Dresden, den 19. Dezember 2000

**Der Staatsminister der Finanzen  
Prof. Dr. Georg Milbradt**

# Gesetz

## über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen (Finanzausgleichsgesetz – FAG)

### Inhaltsübersicht

- Erster Abschnitt**  
**Grundsätze des Finanzausgleichs**
- § 1 Finanzausgleichsleistungen und Grundsatz der Lastenverteilung
- § 2 Allgemeiner Steuerverbund
- § 3 Verwendung der Finanzausgleichsmasse
- Zweiter Abschnitt**  
**Aufteilung der Gesamtschlüsselmasse**
- § 4 Aufteilung der Gesamtschlüsselmasse
- Dritter Abschnitt**  
**Allgemeine Schlüsselzuweisungen**
- § 5 Grundsätze
- Erster Unterabschnitt*  
*Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft an kreisangehörige Gemeinden*
- § 6 Allgemeines
- § 7 Bedarfsmesszahl
- § 8 Steuerkraftmesszahl
- § 9 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen
- Zweiter Unterabschnitt*  
*Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft an Kreisfreie Städte*
- § 10 Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft an Kreisfreie Städte
- Dritter Unterabschnitt*  
*Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Umlagekraft an Landkreise*
- § 11 Allgemeines
- § 12 Bedarfsmesszahl
- § 13 Umlagekraftmesszahl
- § 14 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen
- Vierter Unterabschnitt*  
*Ausgleich für übertragene Aufgaben*
- § 15 Ausgleich für übertragene Aufgaben
- Vierter Abschnitt**  
**Zweckgebundene investive Schlüsselzuweisungen**
- § 16 Zweckgebundene investive Schlüsselzuweisungen
- Fünfter Abschnitt**  
**Ausgleich von Sonderlasten**
- § 17 Ausgleich von Sonderlasten
- Erster Unterabschnitt*  
*Straßenlastenausgleich*
- § 18 Zuweisungen für Kreisstraßen
- § 19 Zuweisungen für Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen und Staats- oder Kreisstraßen
- § 20 Zuweisungen für Gemeindestraßen
- Zweiter Unterabschnitt*  
*Kulturlastenausgleich*
- § 21 Kulturlastenausgleich
- Sechster Abschnitt**  
**Bedarfszuweisungen**
- § 22 Zuweisungen zum Ausgleich besonderen Bedarfs

### Siebenter Abschnitt

#### Zweckzuweisungen zur Förderung von kommunalen Investitionen

- § 23 Zweckzuweisungen zur Förderung des Straßenbaus und des Schulhausbaus
- § 24 Zweckzuweisungen zur Förderung kommunaler Investitionen

### Achter Abschnitt

#### Interkommunaler Finanzausgleich

- § 25 Grundsätze
- § 26 Kreisumlage
- § 27 Kulturumlage
- § 28 Landeswohlfahrtsumlage
- § 29 Besonderer interkommunaler Ausgleich

### Neunter Abschnitt

#### Schuldendienst für kommunale Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen

- § 30 Schuldendienst für kommunale Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen

### Zehnter Abschnitt

#### Gemeinsame Vorschriften, Verfahren und In-Kraft-Treten

- § 31 Einwohnerzahl
- § 32 Berechnung, Festsetzung und Auszahlung
- § 33 Durchführungsvorschriften
- § 34 Mitwirkungspflichten
- § 35 Beirat
- § 36 Verjährung
- § 37 In-Kraft-Treten

### Erster Abschnitt

#### Grundsätze des Finanzausgleichs

#### § 1

#### Finanzausgleichsleistungen und Grundsatz der Lastenverteilung

- (1) Die kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städte und Landkreise tragen alle Verwaltungs- und Zweckausgaben, die durch die Erfüllung ihrer eigenen sowie der ihnen übertragenen Aufgaben entstehen, soweit nicht durch dieses oder andere Gesetze eine abweichende Regelung getroffen ist.
- (2) Die kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städte und Landkreise erhalten in Ergänzung ihrer eigenen Einnahmen und zur Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben sowie der ihnen übertragenen Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung nach Maßgabe dieses Gesetzes allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen.
- (3) Kreisangehörige Gemeinden, Kreisfreie Städte und Landkreise erhalten außerdem Zuweisungen und projektgebundene Fördermittel außerhalb der kommunalen Finanzausgleichsmasse aufgrund besonderer Gesetze und nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes. Diese werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

#### § 2

#### Allgemeiner Steuerverbund

- (1) Der Freistaat stellt den kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten und Landkreisen zur Erfüllung ihrer Aufgaben von seinen Anteilen am Aufkommen an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer (Gemeinschaftsteuern), seinem Aufkommen aus den Landessteuern und dem Aufkommen aus dem Landesanteil der Gewerbesteuerumlage sowie dem Finanzausgleich unter den Ländern (Länderfinanz-

ausgleich) einschließlich der Bundesergänzungszuweisungen Finanzausgleichsmasse zur Verfügung, deren Höhe (Finanzausgleichsmasse) durch folgenden Grundsatz bestimmt wird: Die Entwicklung der Gesamteinnahmen der sächsischen Kommunen aus Steuern (Realsteuern abzüglich Gewerbesteuerumlage, Gemeindeanteile an Einkommen- und Umsatzsteuer sowie andere Steuern) sowie den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich soll sich gleichmäßig zur Entwicklung der dem Freistaat verbleibenden Finanzmasse aus Steuern sowie dem Länderfinanzausgleich einschließlich Bundesergänzungszuweisungen, abzüglich der den Kommunen zufließenden Finanzmasse im kommunalen Finanzausgleich, also zu seinen Gesamteinnahmen netto gestalten (Gleichmäßigkeitsgrundsatz). Im Abstand von vier Jahren – erstmals für das Ausgleichsjahr 2003 – ist zu überprüfen, ob auf Grund von Veränderungen im Aufgabenbestand oder auf Grund der Entwicklung der notwendigen Ausgaben im Verhältnis zwischen dem Freistaat und den Gemeinden und Landkreisen das Finanzverteilungsverhältnis nach Satz 2 anzupassen ist. Die Prüfung erfolgt im Beirat für den kommunalen Finanzausgleich gemäß § 35.

(2) Die Finanzausgleichsmasse gemäß Absatz 1 wird in Höhe des Betrages, der gemäß Haushaltsplan Kapitel 1530 (Kommunaler Finanzausgleich) über Mittel gemäß Artikel 35 des Gesetzes über Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Erblasten im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands, zur langfristigen Sicherung des Aufbaus in den neuen Ländern, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms – FKPG) vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 982) in der jeweils geltenden Fassung eingesetzt wird, aus Mitteln des Staatshaushaltes bereitgestellt.

(3) Der Ausgleich nach dem Ergebnis des Haushaltsjahres ist spätestens im übernächsten Haushaltsjahr vorzunehmen. Er berechnet sich nach dem Grundsatz gemäß Absatz 1 Satz 2. Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Falle eines die Finanzausgleichsmasse vermindernenden Ausgleichs, den sich nach Satz 1 ergebenden Ausgleichsbetrag mit dem Mittelansatz für Bedarfszuweisungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b anteilig zu verrechnen. Ist das übernächste Haushaltsjahr das zweite Haushaltsjahr eines zweijährigen Staatshaushaltes, ist der Ausgleich spätestens in dem dem übernächsten Jahr folgenden Jahr vorzunehmen.

### § 3

#### Verwendung der Finanzausgleichsmasse

(1) Die Finanzausgleichsmasse wird verwendet für:

1. Vorwegentnahmen für
  - a) den Ausgleich von Sonderlasten nach § 17 Abs. 1 Nr. 2,
  - b) Zuweisungen zum Ausgleich besonderen Bedarfs nach § 22,
  - c) Zweckzuweisungen zur Förderung von kommunalen Investitionen nach den §§ 23 und 24,
  - d) den Schuldendienst für kommunale Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen nach § 30 und
  - e) die Finanzierung von Beratungsleistungen durch Dritte nach § 35 Abs. 4;
2. den Ausgleich von Sonderlasten nach § 17 Abs. 1 Nr. 1;
3. Schlüsselzuweisungen nach § 4 Abs. 1.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen rechnet die Verwendung der Finanzausgleichsmasse jährlich gesondert ab. Mehr- oder Minderzuweisungen bei den Verwendungsbereichen nach Absatz 1 können über die Zuweisungen zum Ausgleich besonderen Bedarfs nach § 22 verrechnet werden.

### Zweiter Abschnitt

#### Aufteilung der Gesamtschlüsselmasse

### § 4

#### Aufteilung der Gesamtschlüsselmasse

(1) Die Gesamtschlüsselmasse nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 wird so zwischen dem kreisangehörigen Raum (kreisangehörige Gemeinden und Landkreise) und dem kreisfreien Raum (Kreisfreie Städte) aufgeteilt, dass sich die Finanzkraft je Einwohner gleichmäßig entwickelt. Im Abstand von vier Jahren – erstmals für das Ausgleichsjahr 2003 – ist zu überprüfen, ob auf Grund von Veränderungen im Aufgabenbestand oder auf Grund der Entwicklung der notwendigen Ausgaben im kreisfreien und im kreisangehörigen Raum das Finanzverteilungsverhältnis nach Satz 1 anzupassen ist. § 2 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

(2) Die Finanzkraft nach Absatz 1 bestimmt sich aus der Summe der Steuerkraftmesszahlen, die für das vergangene Jahr festgelegt wurden, und den Schlüsselzuweisungen des jeweiligen Ausgleichsjahres. Es wird die nach § 31 für das vergangene Ausgleichsjahr zu bestimmende Einwohnerzahl zugrunde gelegt.

(3) Nach Aufteilung der Gesamtschlüsselmasse für das Ausgleichsjahr 2001 nach Absatz 1 sind die Schlüsselmassen des Ausgleichsjahres für die Kreisfreien Städte um 11 500 000 DM zu erhöhen und für die kreisangehörigen Gemeinden um den gleichen Betrag zu ermäßigen.

(4) Die Aufteilung des Anteils der Gesamtschlüsselmasse für den kreisangehörigen Raum erfolgt für die kreisangehörigen Gemeinden und die Landkreise nach dem Grundsatz der gleichmäßigen Entwicklung der Schlüsselzuweisungen je Einwohner.

(5) Die Gesamtschlüsselmasse nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 wird verwendet für

1. allgemeine Schlüsselzuweisungen (§§ 5 bis 14) und
2. investive Schlüsselzuweisungen (§ 16).

Der Anteil der investiven Schlüsselzuweisungen an der Gesamtschlüsselmasse beträgt bei den

1. kreisangehörigen Gemeinden

im Jahr 2001	11,47 vom Hundert,
im Jahr 2002	13,87 vom Hundert,
im Jahr 2003	14,69 vom Hundert,
im Jahr 2004	17,80 vom Hundert,
ab dem Jahr 2005	8,52 vom Hundert;

2. Landkreisen

im Jahr 2001	7,14 vom Hundert,
im Jahr 2002	8,63 vom Hundert,
im Jahr 2003	9,14 vom Hundert,
im Jahr 2004	11,07 vom Hundert,
ab dem Jahr 2005	5,30 vom Hundert;

3. Kreisfreien Städten

im Jahr 2001	10,76 vom Hundert,
im Jahr 2002	13,00 vom Hundert,
im Jahr 2003	13,78 vom Hundert,
im Jahr 2004	16,70 vom Hundert,
ab dem Jahr 2005	7,99 vom Hundert.

Die Anteile der investiven Schlüsselzuweisungen an der Gesamtschlüsselmasse ab dem Jahr 2003 sind im Jahr 2002 auf der Grundlage aktueller Ergebnisse der Steuerschätzung sowie der Auswirkungen der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab dem Jahr 2005 zu überprüfen.

(6) Die Schlüsselzuweisungen sind auf volle Deutsche Mark zu runden.

### Dritter Abschnitt Allgemeine Schlüsselzuweisungen

#### § 5 Grundsätze

Kreisangehörige Gemeinden, Kreisfreie Städte und Landkreise erhalten nach § 4 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 allgemeine Schlüsselzuweisungen zur Ergänzung ihrer eigenen Einnahmen. Allgemeine Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städte und Landkreise sind Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuer- und Umlagekraft. Sie dienen der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Mit den allgemeinen Schlüsselzuweisungen sind alle Lasten ausgeglichen, soweit nichts anderes bestimmt ist.

#### Erster Unterabschnitt Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft an kreisangehörige Gemeinden

#### § 6 Allgemeines

(1) Die Höhe der Schlüsselzuweisungen an kreisangehörige Gemeinden bemisst sich für die einzelnen Gemeinden nach ihrer Steuerkraft und ihrem auf den Einwohner und den Schüler bezogenen durchschnittlichen Finanzbedarf, ausgedrückt durch die Bedarfsmesszahl.

(2) Die Schlüsselzuweisung wird auf der Grundlage der Bedarfsmesszahl (§ 7) und der Steuerkraftmesszahl (§ 8) nach Maßgabe des § 9 ermittelt.

#### § 7 Bedarfsmesszahl

(1) Die Bedarfsmesszahl einer kreisangehörigen Gemeinde wird berechnet, indem der Gesamtansatz (Absatz 2) mit dem Grundbetrag (Absatz 5) vervielfältigt wird.

(2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz (Absatz 3) und dem Schüleransatz (Absatz 4) gebildet.

(3) Der Hauptansatz einer Gemeinde wird nach dem für ihre Einwohnerzahl (§ 31) zutreffenden Vomhundertsatz gemäß Anlage bestimmt. Liegt die Einwohnerzahl zwischen zwei Stufen gemäß Anlage, so wird der Vomhundertsatz (Gewichtungsfaktor) durch Interpolation ermittelt; er wird auf zwei Dezimalstellen hinter dem Komma aufgerundet. Die Vomhundertsätze sind unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Finanzbedarfs in den Größenklassen der Gemeinden zu bilden. Große Kreisstädte erhalten zusätzlich zu dem für sie zutreffenden Vomhundertsatz nach den Sätzen 1 und 2

1. bei einer Einwohnerzahl ab 20 000 1,0 vom Hundert,
2. bei einer Einwohnerzahl unter 20 000 0,5 vom Hundert zum Ausgleich ihres zusätzlichen Finanzbedarfs.

(4) Der Schüleransatz wird den Gemeinden nach einem Vomhundertsatz für jeden Schüler an Schulen gewährt, deren Träger sie zu Beginn des Haushaltsjahres sind. Schulzweckverbände haben die Schülerzahl auf ihre Mitglieder nach einem von ihnen zu bestimmenden Schlüssel aufzuteilen. Der Ermittlung des Schüleransatzes wird die amtliche Schulstatistik des Schuljahres, in dem das Ausgleichsjahr beginnt, für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie für die Förderschulen und Schulen des zweiten Bildungsweges zugrunde gelegt. Der Ausgleich für Schülerbeförderungskosten erfolgt über die Kreisumlage.

Als Schülerzahlen werden angesetzt die Schüler bei

- |  |                      |
|--|----------------------|
| 1. Grundschulen  | mit 100 vom Hundert, |
| 2. Mittelschulen   | mit 100 vom Hundert, |
| 3. Gymnasien   | mit 88 vom Hundert,  |
| 4. Berufsschulen, Berufsfachschulen,<br>Fachschulen, Fachoberschulen,<br>berufliche Gymnasien (Vollzeit) | mit 138 vom Hundert, |

- |   |                      |
|---|----------------------|
| 5. Berufsbildende Schulen für<br>Behinderte                     | mit 138 vom Hundert, |
| 6. Berufsschulen, Fachoberschulen<br>und Fachschulen (Teilzeit) | mit 62 vom Hundert,  |
| 7. Schulen für Lernbehinderte                                   | mit 167 vom Hundert, |
| 8. Schulen für geistig Behinderte                               | mit 508 vom Hundert, |
| 9. Schulen für Erziehungshilfen                                 | mit 343 vom Hundert, |
| 10. Schulen für Körperbehinderte                                | mit 580 vom Hundert, |
| 11. Schulen für Blinde und<br>Sehgeschwache                     | mit 704 vom Hundert, |
| 12. Schulen für Gehörlose und<br>Schwerhörige                   | mit 524 vom Hundert, |
| 13. Sprachheilschulen   | mit 243 vom Hundert, |
| 14. Klinik- und Krankenhauschulen                               | mit 122 vom Hundert. |

Bei anerkannten Integrationsmaßnahmen von Förderschülern in allgemeinbildenden Schulen werden die integrierten Schüler wie Schüler der entsprechenden Förderschulart angesetzt. Bei Schulen des zweiten Bildungsweges werden als Schülerzahlen angesetzt die Schüler bei

- |                                  |                     |
|----------------------------------|---------------------|
| 1. Abendmittelschulen (Teilzeit) | mit 39 vom Hundert, |
| 2. Abendgymnasien (Teilzeit)     | mit 39 vom Hundert, |
| 3. Kollegs (Vollzeit)            | mit 79 vom Hundert. |

Die Sätze 1 bis 7 gelten nicht, wenn die oberste Schulaufsichtsbehörde gemäß § 24 Abs. 3 Satz 2 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SchulG) vom 3. Juli 1991 (SächsGVBl. S. 213), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (SächsGVBl. S. 271) geändert worden ist, festgestellt hat, dass das öffentliche Bedürfnis für die Fortführung der Schule nicht mehr besteht und die Mitwirkung des Freistaates an der Unterhaltung der Schule bestandskräftig widerrufen worden ist. Die Sätze 1 bis 7 gelten auch nicht, wenn die oberste Schulaufsichtsbehörde gemäß § 24 Abs. 3 Satz 2 SchulG festgestellt hat, dass das öffentliche Bedürfnis für die Fortführung eines Teiles der Schule nicht mehr besteht und die Mitwirkung des Freistaates an der Unterhaltung dieses Teiles der Schule bestandskräftig widerrufen worden ist. Der Schüleransatz beträgt 138 vom Hundert der Schülerzahlen nach den Sätzen 5 bis 7.

(5) Der Grundbetrag ist ein durch Näherung bestimmter Wert, der so festzusetzen ist, dass die Schlüsselmasse soweit wie rechnerisch möglich aufgebraucht wird. Der Grundbetrag wird zusammen für allgemeine Schlüsselzuweisungen nach § 5 und investive Schlüsselzuweisungen nach § 16 berechnet und auf zwei Stellen nach dem Komma abgerundet festgesetzt.

#### § 8 Steuerkraftmesszahl

(1) Die Steuerkraftmesszahl wird berechnet, indem die Steuerkraftzahlen der Grundsteuern, der Gewerbesteuer und der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer zusammengezählt werden.

(2) Es werden angesetzt:

1. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) sowie von den Grundstücken (Grundsteuer B) die Grundbeträge, die nach Absatz 3 ermittelt werden, vervielfältigt mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz, abgerundet auf den nächsten durch fünf teilbaren Hebesatz;
2. als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer die Grundbeträge, die nach Absatz 3 ermittelt werden, vervielfältigt mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz, abgerundet auf den nächsten durch fünf teilbaren Hebesatz und vermindert um die Gewerbesteuerumlage gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) in der jeweils geltenden Fassung oder erhöht um die Gewerbesteuerumlageerstattungen gemäß § 6 Abs. 6 Gemeindefinanzreformgesetz;

3. als Steuerkraftzahl für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer der Anteil, der sich nach der im Ausgleichsjahr geltenden Schlüsselzahl ergibt;
4. als Steuerkraftzahl für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer der Anteil, der sich nach der im Ausgleichsjahr geltenden Schlüsselzahl ergibt.
- (3) Der Berechnung der Grundbeträge für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer liegen das Ist-Aufkommen des dritten und vierten Quartals des vorvergangenen Jahres sowie des ersten und zweiten Quartals des vergangenen Jahres zugrunde. Die Grundbeträge werden in der Weise ermittelt, dass das Ist-Aufkommen einer Gemeinde durch den für das jeweilige Erhebungsjahr festgesetzten Hebesatz geteilt wird. Die Steuerkraftzahlen der Realsteuern (Grundsteuer A und B sowie Gewerbesteuer) werden auf der Grundlage der nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistik-Gesetz – FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 2000 (BGBl. I S. 206) zu erfolgenden Meldungen der Gemeinden ermittelt. Der Berechnung der Steuerkraftzahlen für die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer liegen das vom Staatsministerium der Finanzen festgestellte Ist-Aufkommen des Anteils der Gemeinden des dritten und vierten Quartals des vorvergangenen Jahres sowie des ersten und zweiten Quartals des vergangenen Jahres zugrunde. Die Steuerkraftmesszahl wird nach dem Gebietsstand vom 1. Januar des Ausgleichsjahres ermittelt.
- (4) Hat eine Gemeinde die Grundsteuer A, die Grundsteuer B oder Gewerbesteuer nicht erhoben, ist ihr als Steuerkraftzahl der betreffenden Steuerart für jeden Einwohner gemäß § 31 der Betrag zuzurechnen, der dem Landesdurchschnitt der betreffenden Steuerkraftzahl der kreisangehörigen Gemeinden je Einwohner im Ausgleichsjahr entspricht.
- (5) Werden in einer Vereinbarung nach § 8 Abs. 2 und § 9 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 345) in der jeweils geltenden Fassung oder in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung Bestimmungen über die Aufteilung des Grundsteuer- oder Gewerbesteueraufkommens für den nach § 8 Abs. 3 bestimmten Zeitraum getroffen, sind diese bei der Ermittlung der Steuerkraftmesszahl zu berücksichtigen. § 32 Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

### § 9

#### **Festsetzung der Schlüsselzuweisungen**

Ist die Bedarfsmesszahl (§ 7) höher als die Steuerkraftmesszahl (§ 8), erhält die kreisangehörige Gemeinde 75 vom Hundert des Unterschiedsbetrages als Schlüsselzuweisung.

#### *Zweiter Unterabschnitt*

#### **Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft an Kreisfreie Städte**

### § 10

#### **Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft an Kreisfreie Städte**

- (1) Die zentralörtlichen Funktionen der Kreisfreien Städte sind bei der Bemessung der Schlüsselmasse für Kreisfreie Städte nach § 4 Abs. 1 berücksichtigt.
- (2) Die Kreisfreien Städte erhalten jährlich Schlüsselzuweisungen, die in entsprechender Anwendung der Bestimmungen für die Schlüsselzuweisungen an kreisangehörige Gemeinden berechnet und ausgezahlt werden (§ 6; § 7 Abs. 1 und 2, Abs. 3 Satz 1 und 3, Abs. 4 Satz 1 bis 3 und 5 bis 9, Abs. 5; §§ 8 und 9). Der Schüleransatz beträgt 90 vom Hundert der Schülerzahlen nach § 7 Abs. 4 Satz 5 bis 7.

(3) Der Vomhundertsatz für die Berechnung des Hauptansatzes beträgt für die Städte

- |                |                  |
|----------------|------------------|
| 1. Dresden     | 125 vom Hundert, |
| 2. Leipzig     | 125 vom Hundert, |
| 3. Chemnitz    | 122 vom Hundert, |
| 4. Zwickau     | 115 vom Hundert, |
| 5. Plauen      | 105 vom Hundert, |
| 6. Görlitz     | 105 vom Hundert, |
| 7. Hoyerswerda | 100 vom Hundert. |

#### *Dritter Unterabschnitt*

#### **Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Umlagekraft an Landkreise**

### § 11

#### **Allgemeines**

- (1) Die Höhe der Schlüsselzuweisungen an die Landkreise bemisst sich für den einzelnen Landkreis im Verhältnis zu den anderen Landkreisen nach seiner Umlagekraft und seinem auf den Einwohner (§ 31) und den Schüler (§ 7 Abs. 4) bezogenen durchschnittlichen Finanzbedarf.
- (2) Die Schlüsselzuweisung wird auf der Grundlage der Bedarfsmesszahl (§ 12) und der Umlagekraftmesszahl (§ 13) nach Maßgabe des § 14 ermittelt.

### § 12

#### **Bedarfsmesszahl**

- (1) Die Bedarfsmesszahl eines Landkreises wird berechnet, indem der Gesamtansatz (Absatz 2) mit dem Grundbetrag (Absatz 5) vervielfältigt wird.
- (2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz (Absatz 3) und dem Schüleransatz (Absatz 4) gebildet.
- (3) Der Hauptansatz eines Landkreises entspricht seiner Einwohnerzahl (§ 31).
- (4) Der Schüleransatz wird den Landkreisen gewährt, soweit sie Schulträger sind. Die Regelung in § 7 Abs. 4 Satz 1 bis 8 gilt entsprechend. Der Schüleransatz beträgt 332 vom Hundert der Schülerzahl.
- (5) § 7 Abs. 5 gilt entsprechend.

### § 13

#### **Umlagekraftmesszahl**

Die Umlagekraftmesszahl des Ausgleichsjahres wird berechnet, indem das Aufkommen an Kreisumlage des vergangenen Ausgleichsjahres nach § 26 Abs. 2 durch die Summe der Umlagegrundlagen des vergangenen Jahres nach § 26 Abs. 3 geteilt wird.

### § 14

#### **Festsetzung der Schlüsselzuweisungen**

Ist die Bedarfsmesszahl (§ 12) höher als die Umlagekraftmesszahl (§ 13), erhält der Landkreis 75 vom Hundert des Unterschiedsbetrages als Schlüsselzuweisung.

#### *Vierter Unterabschnitt*

#### **Ausgleich für übertragene Aufgaben**

### § 15

#### **Ausgleich für übertragene Aufgaben**

- (1) Kommunale Träger der Selbstverwaltung, die aufgrund ihres hohen Steueraufkommens keine oder die nachfolgenden Beträge unterschreitende allgemeine Schlüsselzuweisungen je Einwohner bekommen, erhalten zum Ausgleich einer Mehrbelastung für übertragene Aufgaben nach Artikel 85 Abs. 2 der Verfassung des

Freistaates Sachsen Zuweisungen in einer Höhe, die folgende Mindestausstattung je Einwohner gewährleistet:

1. kreisangehörige Gemeinden 12 DM,
2. Kreisfreie Städte 42 DM,
3. Landkreise 30 DM.

Diese Mindestausstattung wird aus den Mitteln für die Bedarfszuweisungen nach § 22 Satz 2 Nr. 6 zur Verfügung gestellt.

(2) Im Abstand von vier Jahren ist zu überprüfen, ob auf Grund von Veränderungen im Bestand übertragener Aufgaben die in Absatz 1 genannten Beträge anzupassen sind. § 2 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

#### **Vierter Abschnitt**

##### **Zweckgebundene investive Schlüsselzuweisungen**

###### **§ 16**

##### **Zweckgebundene investive Schlüsselzuweisungen**

(1) Kreisangehörige Gemeinden, Kreisfreie Städte und Landkreise erhalten zweckgebundene investive Schlüsselzuweisungen nach § 4 Abs. 6 Nr. 2 zur Ergänzung ihrer investiven Finanzmittel. Die zweckgebundenen investiven Schlüsselzuweisungen werden nach mangelnder Steuer- und Umlagekraft gezahlt und dienen der Deckung des Investitionsbedarfs für die Instandsetzung, Erneuerung und Erstellung von Einrichtungen und Anlagen der infrastrukturellen Grundversorgung.

(2) Die zweckgebundenen investiven Schlüsselzuweisungen werden zusammen mit den allgemeinen Schlüsselzuweisungen und in entsprechender Anwendung der §§ 6 bis 14 berechnet und ausgezahlt. Sie sind im Vermögenshaushalt zweckgebunden zu veranschlagen. Sie können zur außerordentlichen Tilgung von Krediten, die für infrastrukturelle Maßnahmen aufgenommen worden sind, eingesetzt werden; der Einsatz für diesen Zweck ist bei der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen. Sie können in einer Rücklage zur investiven Verwendung entsprechend Absatz 1 in späteren Haushaltsjahren zweckgebunden angesammelt werden. Bei Entscheidungen über Anträge nach § 22 Satz 2 Nr. 1 und 2 kann ihr Einsatz für andere Zwecke zugelassen werden.

(3) Nach Ablauf des Haushaltsjahres ist die Verwendung zweckgebundener investiver Schlüsselzuweisungen nachzuweisen. Bei festgestellter nicht zweckentsprechender Verwendung ist spätestens in dem auf das Ausgleichsjahr folgenden Jahr durch das zuständige Regierungspräsidium die Zweckbindung eines entsprechenden Anteils der allgemeinen Schlüsselzuweisung gemäß § 5 zu verfügen.

#### **Fünfter Abschnitt**

##### **Ausgleich von Sonderlasten**

###### **§ 17**

##### **Ausgleich von Sonderlasten**

(1) Der Freistaat Sachsen gewährt zum Ausgleich besonderer Belastungen Zuweisungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 1 Buchst. a:

1. den kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten und Landkreisen für die Straßenbaulasten (§§ 18 bis 20). Die dafür erforderliche Ausgleichsmasse berechnet sich aus den Zuweisungsbeträgen nach § 18 Abs. 3, § 19 Abs. 3 und § 20 Abs. 2.
2. den Kulturräumen für Kulturlasten (§ 21) in Höhe von 60 000 000 DM.

(2) Die Zuweisungen zum Ausgleich von Sonderlasten stellen Hilfen des Freistaates zur Deckung eines besonderen Finanzbedarfes dar. Für die Zuweisungen wird kein gesonderter Verwendungsnachweis gefordert. Die Mittel nach Absatz 1 sind zweckgebunden zu verwenden. Die Zuweisungen für die Straßenbaulasten sind für die Aufgaben der Straßenbaulast nach § 9 Abs. 1 Straßengesetz für den Freistaat Sachsen (Sächsisches

Straßengesetz – SächsStrG) vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), das durch Artikel 8 des Gesetzes vom 4. Juli 1994 (SächsGVBl. S.1261) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden; sie können auch für den Winterdienst der Straßenbaulastträger (§ 9 Abs. 2 und § 51 Abs. 3 und 4 SächsStrG) verwendet werden.

#### **Erster Unterabschnitt Straßenlastenausgleich**

###### **§ 18**

##### **Zuweisungen für Kreisstraßen**

(1) Die Landkreise und Kreisfreien Städte erhalten je Kilometer Kreisstraße, gerundet auf eine Stelle nach dem Komma, 9 600 DM, soweit sie Träger der Baulast sind.

(2) Die Landkreise als Träger der Baulast von Kreisstraßen finanzieren Ortsdurchfahrten innerhalb ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, soweit diese nicht selbst Baulastträger sind.

(3) Die Zuweisungen werden durch Vervielfältigung der im Straßenbestandsverzeichnis, Stand 1. Januar des Ausgleichsjahres, nachgewiesenen Straßenkilometer mit dem Betrag nach Absatz 1 berechnet.

###### **§ 19**

##### **Zuweisungen für Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen und Staats- oder Kreisstraßen**

(1) Bei Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen in Städten über 80 000 Einwohner erhalten diese als Träger der Baulast je Kilometer zweistreifiger Fahrbahn, gerundet auf eine Stelle nach dem Komma, 21 000 DM. Dies gilt auch für Städte mit über 50 000 Einwohnern, die nach dem Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1994 (BGBl. I S. 854), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 1997 (BGBl. I S. 1452), in der jeweils gültigen Fassung Träger der Straßenbaulast sind.

(2) Bei Ortsdurchfahrten von Staats- oder Kreisstraßen in Städten über 30 000 Einwohner erhalten diese als Träger der Baulast je Kilometer zweistreifiger Fahrbahn, gerundet auf eine Stelle nach dem Komma, 12 700 DM. Dies gilt auch für Städte mit über 10 000 Einwohnern, die gemäß § 44 SächsStrG Träger der Baulast sind.

(3) Die Zuweisungen werden durch Vervielfältigung der im Straßenbestandsverzeichnis, Stand 1. Januar des Ausgleichsjahres, nachgewiesenen Straßenkilometer mit dem Betrag nach Absatz 1 und 2 berechnet.

###### **§ 20**

##### **Zuweisungen für Gemeindestraßen**

(1) Die kreisangehörigen Gemeinden sowie die Kreisfreien Städte erhalten je Kilometer Gemeindestraße, gerundet auf eine Stelle nach dem Komma, 5 000 DM.

(2) § 18 Abs. 3 gilt entsprechend.

#### **Zweiter Unterabschnitt Kulturlastenausgleich**

###### **§ 21**

##### **Kulturlastenausgleich**

Die Kulturräume erhalten zur Ergänzung ihrer eigenen Einnahmen Zuweisungen gemäß § 6 des Gesetzes über die Kulturräume in Sachsen (Sächsisches Kulturräumengesetz – SächsKRG) vom 20. Januar 1994 (SächsGVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 1996 (SächsGVBl. S. 537), in der jeweils geltenden Fassung, aus der kommunalen Finanzausgleichsmasse in Höhe von 60 000 000 DM.

## Sechster Abschnitt Bedarfszuweisungen

### § 22

#### Zuweisungen zum Ausgleich besonderen Bedarfs

Zum Ausgleich besonderen Bedarfs werden den kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten, Landkreisen und im Einzelfall kommunalen Zweckverbänden, der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung sowie den kommunalen Landesverbänden Bedarfszuweisungen in Höhe von 75 000 000 DM zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind insbesondere bestimmt für:

1. die Durchführung der Haushaltskonsolidierung in kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten und Landkreisen. Voraussetzung für die Gewährung der Zuweisungen ist ein aufgestelltes und vom Gemeinderat oder Kreistag beschlossenes Haushaltssicherungskonzept, das den Abbau der Haushaltsfehlbeträge in spätestens drei Jahren, die Erwirtschaftung notwendiger Zuführungen zum Vermögenshaushalt und die dafür erforderlichen Maßnahmen aufzeigt. Die Zuweisungen dienen der Unterstützung bei der Aufstellung und Durchführung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Gutachten von Wirtschaftsprüfungsunternehmen zu Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung sowie Modellprojekte zu einem neuen Steuerungsmodell der kommunalen Haushaltswirtschaft unter Federführung der kommunalen Landesverbände sind förderfähig. Satz 4 gilt auch für kommunale Zweckverbände,
2. die Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen in kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten und Landkreisen sowie zum Ausgleich von Härten, die sich bei der Durchführung des Finanzausgleichs ergeben sowie zum Ausgleich zusätzlicher finanzieller Belastungen der Sitzgemeinde der Landesaufnahmestelle für Aussiedler,
3. die Förderung eines sozialverträglichen Personalabbaus in kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städten, Landkreisen und kommunalen Zweckverbänden und im Einzelfall nachrangig in Zweckverbänden,
4. die Förderung der Einstellung von Anwärtern für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst, die durch die Gemeinden und Landkreise in den Ausbildungsjahren 2000/2001 bis 2003/2004 als Studenten an die Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen abgeordnet werden. Die Förderung kann ab dem Haushaltsjahr 2001 rückwirkend gewährt werden,
5. die Förderung von freiwilligen Zusammenschlüssen von Landkreisen sowie von freiwilligen Gemeindegemeinschaften. Die Förderung beträgt bis zu 100 DM je Einwohner für die ersten 50 000 Einwohner eines Landkreises und bis zu 100 DM für die ersten 5 000 Einwohner jeder beteiligten Gemeinde; die Verwendung kann auf investive Zwecke beschränkt werden. In Fällen besonderer haushaltswirtschaftlicher Belastungen kann eine abweichende Förderung erfolgen. Die Förderung kann ab dem Haushaltsjahr 2001 rückwirkend für im Jahr 2000 erfolgte Zusammenschlüsse gewährt werden,
6. übertragene Aufgaben an Gemeinden und Landkreise nach § 15,
7. die Unterstützung der Haushaltskonsolidierung bei Zweckverbänden der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf der Grundlage eines von dem zuständigen Regierungspräsidentium genehmigten Sanierungskonzeptes in Ausnahmefällen,
8. Gemeinden zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungen, die sich aus der Neubestimmung des Hauptsatzes ergeben,
9. den Aufbau eines kommunalen Datennetzes.

## Siebenter Abschnitt Zweckzuweisungen zur Förderung von kommunalen Investitionen

### § 23

#### Zweckzuweisungen zur Förderung des Straßenbaus und des Schulhausbaus

(1) Kreisangehörige Gemeinden, Kreisfreie Städte, kommunale Zweckverbände und Landkreise erhalten Zweckzuweisungen zur Förderung kommunaler Investitionsprojekte nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c für

1. den Straßenbau in Höhe von 50 000 000 DM und
  2. den allgemeinen Schulhausbau
    - a) im Jahr 2001 in Höhe von 50 000 000 DM sowie Verpflichtungsermächtigungen fällig im Jahr 2002 in Höhe von 60 000 000 DM, fällig im Jahr 2003 in Höhe von 25 000 000 DM und fällig im Jahr 2004 in Höhe von 15 000 000 DM;
    - b) im Jahr 2002 in Höhe von 100 000 000 DM sowie Verpflichtungsermächtigungen fällig im Jahr 2003 in Höhe von 25 000 000 DM und fällig im Jahr 2004 in Höhe von 25 000 000 DM.
- (2) Für die Verteilung und Verwendung der Mittel gelten die Verwaltungsvorschriften der zuständigen Staatsministerien oder die sonstigen landesrechtlichen Regelungen, die im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen zu erlassen sind.

### § 24

#### Zweckzuweisungen zur Förderung von kommunalen Investitionen

(1) Kreisangehörige Gemeinden, Kreisfreie Städte, kommunale Zweckverbände und Landkreise erhalten Zweckzuweisungen zur Förderung kommunaler Investitionsprojekte nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c in Höhe von 108 000 000 DM. Sie werden für folgende Bereiche bereitgestellt:

1. Krankenhausbau in Höhe von 38 000 000 DM;
  2. Abwasserentsorgung in Höhe von 30 000 000 DM;
  3. Brandschutz und Rettungswesen in Höhe von 40 000 000 DM sowie Verpflichtungsermächtigungen
    - a) im Jahr 2001 in Höhe von 20 000 000 DM, fällig im Jahr 2002 und
    - b) im Jahr 2002 in Höhe von 20 000 000 DM, fällig im Jahr 2003.
- (2) Für die Verteilung und Verwendung der Mittel gelten die Verwaltungsvorschriften der zuständigen Staatsministerien oder die sonstigen landesrechtlichen Regelungen, die im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen zu erlassen sind.

## Achter Abschnitt Interkommunaler Finanzausgleich

### § 25

#### Grundsätze

- (1) Zur Erfüllung von Aufgaben mit überörtlicher oder überregionaler Bedeutung soll ein direkter Lastenausgleich zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen, soweit notwendig und geboten, erfolgen.
- (2) Bei der Bemessung des direkten Lastenausgleichs ist der Vorteil jeder beteiligten Gebietskörperschaft aus der überörtlichen oder überregionalen Aufgabenerfüllung angemessen zugrunde zu legen.

### § 26

#### Kreisumlage

- (1) Die Landkreise erheben, soweit ihre sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um ihren Finanzbedarf zu decken, von den

kreisangehörigen Gemeinden eine Kreisumlage. Die Höhe der Kreisumlage wird vom Kreistag festgelegt.

(2) Die Umlage bemisst sich durch Anwendung eines Vomhundertsatzes (Umlagesatz) auf die Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Gemeinden. Der Umlagesatz ist in der Haushaltssatzung für alle Gemeinden eines Landkreises gleich festzusetzen.

(3) Umlagegrundlagen sind:

1. die Steuerkraftmesszahlen nach § 8 und
2. die Schlüsselzuweisungen nach § 9.

Die Umlagegrundlagen werden durch die Regierungspräsidien bekannt gemacht.

(4) Der Umlagesatz kann im Laufe des Haushaltsjahres geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Haushaltsjahres zurück. Sie muss vor dem 30. Juni des laufenden Haushaltsjahres beschlossen worden sein. Satz 3 gilt nicht, wenn eine Änderung des Umlagesatzes durch Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde in besonderen Ausnahmefällen erforderlich ist. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat dabei die finanzielle Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden zu berücksichtigen. Ist der Umlagesatz bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht festgesetzt oder sind die endgültigen Umlagegrundlagen noch nicht bekannt gemacht, kann der Landkreis vorläufig entsprechend Absatz 5 Teilbeträge wie im abgelaufenen Haushaltsjahr erheben. Nach der Festsetzung des Umlagesatzes und endgültiger Bekanntmachung der Umlagegrundlagen für das laufende Haushaltsjahr findet die Verrechnung auf der Grundlage der endgültigen Festsetzung der jeweiligen Kreisumlageforderung statt.

(5) Die Kreisumlage ist am Achtzehnten des zweiten Monats im Quartal mit einem Viertel des Gesamtbetrages fällig. Der Landkreis kann für rückständige Beträge Verzugszinsen in Höhe von drei vom Hundert über dem jeweiligen Basiszinssatz im Sinne von § 1 des Diskontsatz-Überleitungsgesetzes (DÜG) vom 9. Juni 1998 (BGBl. I S. 1242) fordern.

(6) Die Kreisumlage bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, wenn der Umlagesatz 23 vom Hundert übersteigt. Die Genehmigung ist nach den Grundsätzen einer geordneten und sparsamen Haushaltswirtschaft zu erteilen oder zu versagen; sie kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden.

## § 27

### Kulturumlage

(1) Die ländlichen Kulturräume erheben, soweit vertretbar und geboten, entsprechend § 7 Abs. 2 SächsKRG von ihren Mitgliedern eine Kulturumlage zur Deckung des Finanzbedarfs für ihre kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung. Bei Festsetzung der Kulturumlage ist auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Mitglieder des Kulturraumes sowie auf die Erfordernisse der ihnen obliegenden übrigen öffentlichen Aufgaben Rücksicht zu nehmen (§ 7 Abs. 3 SächsKRG).

(2) Die Höhe der Kulturumlage nach § 7 Abs. 2 SächsKRG ist durch Anwendung eines Vomhundertsatzes (Umlagesatz) auf die Umlagegrundlagen der Mitglieder zu bestimmen. Der Umlagesatz ist in der Haushaltssatzung für alle Umlagepflichtigen eines Kulturraumes gleich festzusetzen. Ist der Umlagesatz bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht festgesetzt oder sind die endgültigen Umlagegrundlagen noch nicht bekannt gemacht, kann der Kulturraum vorläufig entsprechend Absatz 5 Teilbeträge wie im abgelaufenen Haushaltsjahr erheben. Nach der Festsetzung des Umlagesatzes und endgültiger Bekanntmachung der Umlagegrundlagen für das laufende Haushaltsjahr findet die Verrechnung auf der Grundlage der endgültigen Festsetzung der jeweiligen Umlageforderung statt.

(3) Der Umlagesatz kann im Laufe des Haushaltsjahres geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn

des Haushaltsjahres zurück. Sie muss vor dem 30. Juni des laufenden Haushaltsjahres beschlossen worden sein.

(4) Umlagegrundlagen nach Absatz 2 sind

1. die Steuerkraftmesszahlen und die Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden (§§ 8 und 9) sowie der Kreisfreien Städte Görlitz, Hoyerswerda, Plauen und Zwickau (§ 10) und
2. die Schlüsselzuweisungen der Landkreise (§ 14).

Die Umlagegrundlagen werden durch das Staatsministerium der Finanzen bekannt gemacht.

(5) Die Kulturumlage ist von den Mitgliedern für ihr Gebiet an die Kulturkassen gemäß § 7 Abs. 1 SächsKRG zu zahlen. Sie ist vierteljährlich zum Fünfzehnten des zweiten Monats mit jeweils einem Viertel des festgesetzten Gesamtbetrages fällig. Der Kulturraum kann für rückständige Beträge Verzugszinsen in Höhe von drei vom Hundert über dem jeweiligen Basiszinssatz im Sinne von § 1 DÜG fordern.

## § 28

### Landeswohlfahrtsumlage

(1) Der Landeswohlfahrtsverband erhebt zur Deckung seines nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Finanzbedarfs eine Umlage nach § 25 Abs. 3 des Gesetzes über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen (SächsLWVG) vom 22. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 69), zuletzt geändert durch § 32 des Gesetzes vom 10. Dezember 1996 (SächsGVBl. S. 524, 530), in der jeweils geltenden Fassung, deren Höhe durch Anwendung eines Vomhundertsatzes (Umlagesatz) auf die Umlagegrundlagen der Kreisfreien Städte und Landkreise nach Absatz 2 zu bestimmen ist. Der Umlagesatz ist in der Haushaltssatzung für alle Kreisfreien Städte und Landkreise gleich festzusetzen. Ist der Umlagesatz bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht festgesetzt oder sind die endgültigen Umlagegrundlagen noch nicht bekannt gemacht, kann der Landeswohlfahrtsverband vorläufig entsprechend Absatz 4 Teilbeträge wie im abgelaufenen Haushaltsjahr erheben. Nach der Festsetzung des Umlagesatzes und endgültiger Bekanntmachung der Umlagegrundlagen für das laufende Haushaltsjahr findet die Verrechnung auf der Grundlage der endgültigen Festsetzung der jeweiligen Umlageforderung statt.

(2) Umlagegrundlagen nach Absatz 1 sind

1. die Steuerkraftmesszahlen und die Schlüsselzuweisungen der Kreisfreien Städte (§ 10) und
2. die Umlagegrundlagen (§ 26 Abs. 3) und die Schlüsselzuweisungen (§ 14) der Landkreise.

Die Umlagegrundlagen werden durch das Staatsministerium der Finanzen bekannt gemacht.

(3) Der Umlagesatz kann im Laufe des Haushaltsjahres geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Haushaltsjahres zurück. Sie muss vor dem 30. Juni des laufenden Haushaltsjahres beschlossen worden sein.

(4) Die Landeswohlfahrtsumlage ist vierteljährlich zum Zehnten jeden dritten Monats mit einem Viertel des Gesamtbetrages fällig. Der Landeswohlfahrtsverband kann für rückständige Beträge Verzugszinsen in Höhe von drei vom Hundert über dem jeweiligen Basiszinssatz im Sinne von § 1 DÜG fordern.

(5) Die Landeswohlfahrtsumlage bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist nach den Grundsätzen einer geordneten und sparsamen Haushaltswirtschaft zu erteilen oder zu versagen; sie kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden.

## § 29

### Besonderer interkommunaler Ausgleich

Die von der Gemeindegebietsreform betroffenen Kreisfreien Städte, denen Gemeinden oder Gemeindeteile eingegliedert werden, leisten ab 1. Januar 1999 bis zum Wirksamwerden der Auseinandersetzungsvereinbarungen oder der Entscheidungen der





# Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Herausgegeben von der Sächsischen Staatskanzlei

## Jahresinhaltsverzeichnis 2000

### Reihenfolge der Ausgaben

Tag der Ausgabe Titel	Nr. des Blattes	Seite
<b>21. 01. 00</b>	<b>1/2000</b>	
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung über die Zuständigkeiten nach dem Schutzbereichsgesetz und dem Landesbeschaffungsgesetz <i>Vom 14. Dezember 1999</i>		1
Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Vertretung des Freistaates Sachsen in gerichtlichen Verfahren <i>Vom 27. Dezember 1999</i>		2
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung über die Vertretung des Freistaates Sachsen in gerichtlichen Verfahren ( <i>Vertretungsverordnung – VertrVO</i> )		2
<b>Berichtigung</b> der Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und der sächsischen Staatsministerien über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern (BezügeZustVO) vom 22. Februar 1999 <i>Vom 22. Oktober 1999</i>		4
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Berufsausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten in den Fachrichtungen Landesverwaltung und Kommunalverwaltung ( <i>SächsVFAVO</i> ) <i>Vom 7. Dezember 1999</i>		5
<b>Berichtigung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zum Beamtenengesetz für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juni 1999 <i>Vom 16. Dezember 1999</i>		7
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Gerichtsvollzieher-Kosten-Verordnung <i>Vom 20. Dezember 1999</i>		7
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über Sitz und örtliche Zuständigkeit des Sächsischen Landesinstituts für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter <i>Vom 30. November 1999</i>		7
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über Sitz und örtliche Zuständigkeit des Sächsischen Landesamtes für Mess- und Eichwesen und der Eichämter <i>Vom 30. November 1999</i>		8
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie zur Errichtung einer Kommission bei einer Lebendspende ( <i>KommTPGVO</i> ) <i>Vom 14. Dezember 1999</i>		8
<b>Entscheidungen</b> des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen <i>Vom 2. Dezember 1999</i>		8
<b>Entscheidungen</b> des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen <i>Vom 11. Januar 2000</i>		9
<b>24. 02. 00</b>	<b>2/2000</b>	
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Aufhebung der Zuständigkeitsverordnung nach dem Berufsbildungsgesetz – Öffentlicher Dienst <i>Vom 9. Februar 2000</i>		13
<b>Verordnung</b> der sächsischen Staatsministerien über Zuständigkeiten für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst ( <i>Zuständigkeitsverordnung nach dem Berufsbildungsgesetz im öffentlichen Dienst – BBiGZustVOöD</i> ) <i>Vom 3. Februar 2000</i>		14
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Aufwandsentschädigung der Kreisbrandmeister und der ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren im Freistaat Sachsen ( <i>Feuerwehr-Entschädigungsverordnung – Fw-EntschVO</i> ) <i>Vom 28. Dezember 1999</i>		15
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft ( <i>WasserZuVO</i> ) <i>Vom 7. Januar 2000</i>		16
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Chemnitz zum Schutz des dem Rohwasserstollen zwischen den Talsperren Saidenbach und Einsiedel zuzitenden Grundwassers <i>Vom 11. Januar 2000</i>		20
<b>24. 03. 00</b>	<b>3/2000</b>	
<b>Gesetz</b> zum Vierten <b>Staatsvertrag</b> zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge <i>Vom 16. März 2000</i>		89
<b>Artikel 2</b> Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Durchführung des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland		89
<b>Artikel 3</b> Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen ( <i>Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG</i> )		89
<b>Artikel 4</b> Änderung des Sächsischen Meldegesetzes		92
<b>Artikel 5</b> In-Kraft-Treten		92

<b>Vierter Staatsvertrag</b> zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge ( <i>Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag</i> )	
<i>Vom 31. August 1999</i>	93
<b>Artikel 1</b> Änderung des Rundfunkstaatsvertrages	93
<b>Artikel 2</b> Änderung des ARD-Staatsvertrages	102
<b>Artikel 3</b> Änderung des ZDF-Staatsvertrages	102
<b>Artikel 4</b> Änderung des Deutschlandradio-Staatsvertrages	103
<b>Artikel 5</b> Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages	103
<b>Artikel 6</b> Änderung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages	104
<b>Artikel 7</b> Änderung des Mediendienste-Staatsvertrages	104
<b>Artikel 8</b> Übergangsbestimmung, Kündigung, In-Kraft-Treten, Neubekanntmachung	105
<b>Protokoll</b> zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen	
<i>Vom 9. September 1998</i>	107
<b>Jahresinhaltsverzeichnis 1999</b>	J 1
<b>31. 03. 00 4/2000</b>	
<b>Gesetz</b> zur Änderung des Gesetzes über die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 1999 und 2000 und anderer Gesetze <i>Vom 15. März 2000</i>	126
<b>Artikel 1</b> Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 1999 und 2000	126
<b>Artikel 2</b> Gesetz zur Änderung des Sächsischen Aufgabenübertragungsgesetzes zum Unterhaltsvorschussgesetz	126
<b>Artikel 3</b> Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen	126
<b>Artikel 4</b> In-Kraft-Treten	126
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung über die Übertragung von Zuständigkeiten zum Erlass von Rechtsverordnungen über die Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes auf das Sächsische Staatsministerium der Finanzen	
<i>Vom 28. Februar 2000</i>	127
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen in baulichen Anlagen und Räumen besonderer Art oder Nutzung ( <i>SächsTechPrüfVO</i> ) <i>Vom 7. Februar 2000</i>	127
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Sächsischen Bauordnung <i>Vom 10. März 2000</i>	129
Zweite <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung <i>Vom 8. März 2000</i>	131
Dritte <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen ( <i>3. VermGZuVO</i> ) <i>Vom 18. Februar 2000</i>	132
<b>Bekanntmachung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über das In-Kraft-Treten des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts <i>Vom 1. März 2000</i>	132
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Änderung der Sächsischen Verordnung für ausländische akademische Grade <i>Vom 21. Februar 2000</i>	133
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über Verwaltungskosten für amtliche Untersuchungen nach dem Fleischhygiene-, Geflügelfleischhygiene- sowie dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz <i>Vom 9. Februar 2000</i>	133
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Tierseuchenrechts ( <i>ZuständigkeitsVO Tierseuchen</i> ) <i>Vom 18. Februar 2000</i>	137
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 22. Februar 2000</i>	138
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 1. März 2000</i>	140
<b>12. 04. 00 5/2000</b>	
<b>Gesetz</b> zur Änderung des Landesbeauftragtengesetzes und des Sächsischen Besoldungsgesetzes <i>Vom 5. April 2000</i>	146
Zweites <b>Gesetz</b> zur Änderung des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen <i>Vom 5. April 2000</i>	147
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Bestimmung der obersten Landesjugendbehörde ( <i>OLJBVO</i> ) <i>Vom 28. März 2000</i>	147
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten nach § 10 Abs. 1 des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes und nach § 27 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes <i>Vom 21. März 2000</i>	147
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gebühren für die Benutzung von Einrichtungen für die Unterbringung von Flüchtlingen ( <i>Flüchtlingsunterbringungsgebührenverordnung – FUGVO</i> ) <i>Vom 21. März 2000</i>	148
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes <i>Vom 26. Februar 2000</i>	149
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Chemnitz über die Festlegung eines Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Bundesstraße 173 n zwischen dem westlich gelegenen Knotenpunkt (vorhandene B 173/kommunale Straße in das Gewerbegebiet – „Aldi“-Markt) in der Gemarkung Gersdorf und dem östlich gelegenen Wasserbehälter (Flurstück-Nr.: 698a) in der Gemarkung Grüna <i>Vom 28. Februar 2000</i>	160

<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Leipzig zur Änderung der einstweiligen Sicherstellung des Naturschutzgebietes „Muldeae nördlich Eilenburg“ und zur Verlängerung der Geltungsdauer der einstweiligen Sicherstellung des Naturschutzgebietes „Muldeae nördlich Eilenburg“ Vom 22. März 2000	163
<b>02. 05. 00</b> <b>6/2000</b>	
<b>Bekanntmachung</b> der Sächsischen Staatskanzlei über das In-Kraft-Treten von Staatsverträgen Vom 4. April 2000	165
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Erste Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen im Freistaat Sachsen ( <i>Lehramtsprüfungsordnung I – LAPO I</i> ) Vom 13. März 2000	166
<b>Bekanntmachung</b> des Regierungspräsidiums Chemnitz über die Zuständigkeit der Stadt Auerbach als untere Bauaufsichtsbehörde Vom 4. April 2000	209
<b>Bekanntmachung</b> des Regierungspräsidiums Chemnitz über die Zuständigkeit der Stadt Limbach-Oberfrohna als untere Bauaufsichtsbehörde Vom 4. April 2000	209
<b>Bekanntmachung</b> des Regierungspräsidiums Leipzig über die Änderung der Zuständigkeit der Stadt Borna als untere Bauaufsichtsbehörde Vom 27. März 2000	210
<b>Entscheidung</b> des Verfassungsgerichtshofes des Freistaat Sachsen Vom 27. März 2000	210
<b>26. 05. 00</b> <b>7/2000</b>	
Drittes <b>Gesetz</b> zur Änderung des Sächsischen Ministergesetzes Vom 4. Mai 2000	214
Neuntes <b>Gesetz</b> zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Sächsischen Landtages – Abgeordnetengesetz – Vom 4. Mai 2000	215
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Heilfürsorge für Polizeibeamte, Beamte des Landesamtes für Verfassungsschutz und feuerwehrtechnische Beamte ( <i>Sächsische Heilfürsorgeverordnung – SächsHfVO</i> ) Vom 23. März 2000	216
Dritte <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kommunalwahlordnung Vom 20. April 2000	222
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ( <i>Sächsische Anlagenverordnung – SächsVAwS</i> ) Vom 18. April 2000	223
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Lauta-Hoyerswerda-Wittichenau“ Vom 3. April 2000	232
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Dresden zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes Meißen I zur Sicherung der Planung für den Bau der Ortsumgehung Meißen im Zuge der B 101 Vom 15. Mai 2000	235
<b>30. 06. 00</b> <b>8/2000</b>	
<b>Gesetz</b> zum <b>Staatsvertrag</b> über die Vergabe von Studienplätzen und zur Änderung des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes Vom 22. Juni 2000	238
<b>Artikel 1</b> Zustimmung zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen	238
<b>Artikel 2</b> Änderung des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes	238
<b>Artikel 3</b> Schlussbestimmungen	238
<b>Staatsvertrag</b> über die Vergabe von Studienplätzen Vom 24. Juni 1999	238
Vierte <b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Laufbahnverordnung Vom 31. Mai 2000	246
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Verordnung zur Sechsten Durchführungsverordnung zum Marktstrukturgesetz Vom 5. Juni 2000	248
<b>Verordnung</b> zur Änderung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Zweiundzwanzigsten Durchführungsverordnung zum Marktstrukturgesetz Vom 5. Juni 2000	248
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Aufteilung der Schlüsselmassen nach § 4 des Finanzausgleichsgesetzes im Jahr 2000 Vom 11. Mai 2000	249
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zuständigkeiten zur Ausführung chemikalienrechtlicher Vorschriften ( <i>Chemikalienrecht-Zuständigkeitsverordnung – ChemRZuVO</i> ) Vom 9. Mai 2000	249
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Bezeichnung, Sitz und Dienstbezirk nachgeordneter Behörden und zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Ernährung ( <i>SMUL-Zuständigkeitsverordnung – SMULZuVO</i> ) Vom 26. Mai 2000	259
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Dresden zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung des Planungsgebietes Dresden-Großluga zur Sicherung der Planung für den Bau der Ortsumgehung im Zuge der B 172 Vom 15. Mai 2000	272
<b>17. 07. 00</b> <b>9/2000</b>	
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Vergabe von Studienplätzen ( <i>Sächsische Studienplatzvergabeverordnung – SächsStudPIVergabeVO</i> ) Vom 4. Juli 2000	274
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen im Studienjahr 2000/2001 ( <i>Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2000/2001 – SächsZZVO 2000/2001</i> ) Vom 4. Juli 2000	285
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie zur Durchführung des Weingesetzes Vom 6. Juni 2000	291
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Trinkwassergewinnungsverordnung Vom 15. Juni 2000	295
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz Vom 20. Juni 2000	296

<b>Bekanntmachung</b> der Neufassung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz <i>Vom 20. Juni 2000</i>	301
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung über Zuständigkeiten zur Ausführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, des Benzinbleigesetzes und der aufgrund dieser Gesetze ergangenen Verordnungen ( <i>Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz – ImSchZuV</i> )	302
<b>Bekanntmachung</b> des Regierungspräsidiums Chemnitz über die Zuständigkeit der Stadt Crimmitschau als untere Bauaufsichtsbehörde <i>Vom 5. Juni 2000</i>	318
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 22. Juni 2000</i>	318
<b>31. 07. 00</b> <b>10/2000</b>	
<b>Bekanntmachung</b> der Neufassung des Sächsischen Ministergesetzes <i>Vom 4. Juli 2000</i>	322
<b>Gesetz</b> über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung ( <i>Sächsisches Ministergesetz – SächsMinG</i> )	322
<b>Bekanntmachung</b> der Neufassung des Abgeordnetengesetzes <i>Vom 4. Juli 2000</i>	326
<b>Gesetz</b> über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Sächsischen Landtages ( <i>Abgeordnetengesetz</i> )	326
Vierte <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen ( <i>4. VermGZuVO</i> ) <i>Vom 7. Juli 2000</i>	334
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über die Ausbildung und Prüfung der staatlich geprüften Lebensmittelchemiker ( <i>LMChemAPVO</i> ) <i>Vom 28. Juni 2000</i>	335
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser und der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft <i>Vom 20. Juni 2000</i>	348
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Chemnitz zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung eines Plangebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Bundesstraße 173 n zwischen dem westlich gelegenen Wasserbehälter in der Gemarkung Grüna (Flurstück Nr. 698 a) und der östlich befindlichen Kaßbergunterführung im Zuge der Neefstraße (B 173 vorhanden) in der Gemarkung Reichenbrand <i>Vom 26. Juni 2000</i>	353
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Chemnitz zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes „Rabensteiner Wald-Pfaffenberg“ <i>Vom 11. Juli 2000</i>	353
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Leipzig über die Änderung der Zuständigkeit der Großen Kreisstadt Delitzsch <i>Vom 3. Juli 2000</i>	356
<b>31. 08. 00</b> <b>11/2000</b>	
<b>Gesetz</b> zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden ( <i>GefHundG</i> ) <i>Vom 24. August 2000</i>	358
Sächsisches <b>Gesetz</b> zur Ausführung des Vermögensgesetzes ( <i>SächsAGVermG</i> ) <i>Vom 24. August 2000</i>	360
<b>Gesetz</b> zum <b>Staatsvertrag</b> über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung zur Abfallrückholung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes <i>Vom 24. August 2000</i>	361
<b>Staatsvertrag</b> über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung zur Abfallrückholung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes <i>Vom 4. April 2000</i>	362
<b>Gesetz</b> zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrenstoffrechts <i>Vom 24. August 2000</i>	364
Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts <i>Vom 3. Dezember 1998</i>	364
<b>Gesetz</b> zur Änderung aufwandsentschädigungs- und besoldungsrechtlicher Vorschriften <i>Vom 24. August 2000</i>	367
<b>Artikel 1</b> Änderung der Aufwandsentschädigungsverordnung	367
<b>Artikel 2</b> Änderung der Kommunalbesoldungs-Verordnung	367
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten und Befugnisse nach dem Steuerberatungsgesetz <i>Vom 24. Juli 2000</i>	367
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Aufhebung der Verordnung über die Regelung der Zuständigkeit bei der Durchführung abfallrechtlicher und bodenschutzrechtlicher Vorschriften <i>Vom 7. August 2000</i>	368
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst im Freistaat Sachsen ( <i>Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst – SächsAPOgVwD</i> ) <i>Vom 24. Juli 2000</i>	368
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Bezeichnung, Sitz, Bezirk und Zuständigkeit der Finanzämter ( <i>Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung – FAZustVO</i> ) <i>Vom 18. Juli 2000</i>	375
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Änderung der Verordnung über Feldes- und Förderabgaben und der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten <i>Vom 3. August 2000</i>	389
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerber, Studenten und Prüfungskandidaten für statistische und Verwaltungszwecke der Hochschulen ( <i>Sächsische Studentendatenverordnung – SächsStudDatVO</i> ) <i>Vom 19. Juli 2000</i>	390
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Zuständigkeiten bei der Durchführung abfallrechtlicher und bodenschutzrechtlicher Vorschriften ( <i>ABoZuVO</i> ) <i>Vom 19. Juli 2000</i>	392
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten <i>Vom 19. Juli 2000</i>	394
<b>Bekanntmachung</b> der Sächsischen Staatskanzlei über das In-Kraft-Treten von Staatsverträgen <i>Vom 10. August 2000</i>	394
<b>Bekanntmachung</b> des Regierungspräsidiums Dresden über die Zuständigkeit der Großen Kreisstadt Pirna als untere Bauaufsichtsbehörde Az.: 51-2621.30/87/Dohma-1 <i>Vom 14. Juli 2000</i>	395

<b>20. 09. 00</b>	<b>12/2000</b>	
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf dem Gebiet des Börsenrechts <i>Vom 29. August 2000</i>		398
<b>Bekanntmachung</b> der Neufassung der Sächsischen Laufbahnverordnung <i>Vom 15. August 2000</i>		398
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung über die Laufbahnen der Beamten und Richter im Freistaat Sachsen ( <i>Sächsische Laufbahnverordnung – SächsLVO</i> )		398
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Ausführung personenstandsrechtlicher und eherechtlicher Vorschriften ( <i>SächsPStVO</i> ) <i>Vom 29. August 2000</i>		410
Erste <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Justizzuständigkeitsverordnung <i>Vom 4. September 2000</i>		411
Fünfte <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen ( <i>5. VermZuVO</i> ) <i>Vom 28. August 2000</i>		413
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Berufsfachschule <i>Vom 30. August 2000</i>		414
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Gymnasien <i>Vom 30. August 2000</i>		415
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Grundschulen, der Schulordnung Förderschulen und der Schulordnung Mittelschulen <i>Vom 1. September 2000</i>		417
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Verordnung über die Abschlußprüfungen an Mittelschulen des Freistaates Sachsen <i>Vom 31. August 2000</i>		418
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Zuständigkeiten bei Ordnungsmaßnahmen ( <i>Ordnungsmaßnahmezuständigkeitsverordnung – ZustOrdVO</i> ) <i>Vom 30. August 2000</i>		419
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der Sozialverwaltung und Sozialversicherung ( <i>SächsSozVgDAPVO</i> ) <i>Vom 25. August 2000</i>		419
Zweite <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Atom- und Strahlenschutzrecht <i>Vom 21. August 2000</i>		425
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Dresden zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Sächsische Schweiz“ <i>Vom 21. August 2000</i>		426
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Dresden über die Festlegung der Planungsgebiete „Kötitz I“, „Kötitz II“, „Kötitz III“, „Brockwitz I“, „Brockwitz II“, „Brockwitz III“, „Brockwitz IV“, „Brockwitz V“, „Brockwitz VI“, „Brockwitz VII“, „Sörnewitz I“ und „Sörnewitz II“ zur Sicherung der Planung für den Neubau der Staatsstraße S 84 zwischen Niederwartha und Neusörnewitz <i>Vom 1. September 2000</i>		428
<b>29. 09. 00</b>	<b>13/2000</b>	
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Gründung des Sachsen-Finanzverbandes <i>Vom 26. September 2000</i>		437
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Aufhebung der ÖbV-Qualifikationsverordnung, der Kommunalwahlrechts-Anpassungsverordnung und der Wahlanpassungsverordnung <i>Vom 13. September 2000</i>		438
<b>Bekanntmachung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Erklärung der Stadt Markkleeberg zur Großen Kreisstadt <i>Vom 10. Juli 2000</i>		438
<b>Bekanntmachung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Erklärung der Stadt Schwarzenberg zur Großen Kreisstadt <i>Vom 8. September 2000</i>		438
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Chemnitz zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Festlegung eines Plangebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der B 180 n zwischen der westlich befindlichen B 169 im Bereich der Agrocent GmbH Stollberg in den Gemarkungen Mitteldorf/Stollberg und der südöstlich gelegenen S 258 im Bereich der „Goldenen Höhe“ in der Gemarkung Stollberg <i>Vom 11. September 2000</i>		439
<b>Entscheidung</b> des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen <i>Vom 1. September 2000</i>		439
<b>14. 11. 00</b>	<b>14/2000</b>	
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Bestimmung der Höchstgrenze für die Gewährung der allgemeinen Ausgleichszahlungen für Ölsaaten im Erntejahr 2000 <i>Vom 2. Oktober 2000</i>		442
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der Landeseinheitlichen Fördermitteldatenbank ( <i>Sächsische Fördermitteldatenbankverordnung – SächsFöDaVO</i> ) <i>Vom 13. Oktober 2000</i>		442
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung über die Schiedsstelle gemäß § 94 Abs. 4 Bundessozialhilfegesetz ( <i>Schiedsstelle für Vergütungen in der Sozialhilfe – SchiedVergSozVO</i> ) <i>Vom 11. Oktober 2000</i>		443
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Verordnung zum Sächsischen Reisekostengesetz <i>Vom 22. September 2000</i>		445
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen ( <i>6. VermGZuVO</i> ) <i>Vom 23. Oktober 2000</i>		452
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über die Ausbildung und Prüfung für den mittleren nichttechnischen Dienst in der Sozialverwaltung ( <i>SächsSozVmDAPVO</i> ) <i>Vom 15. September 2000</i>		452
<b>Bekanntmachung</b> des Regierungspräsidiums Chemnitz über die Zuständigkeit der Stadt Reichenbach als untere Bauaufsichtsbehörde <i>Vom 12. Oktober 2000</i>		457
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Dresden über die Feststellung des Planungsgebietes „Heidenau“ für die Sicherung der Planung der Straßenbaumaßnahme Ausbau der Bundesfernstraße B 172 im Stadtgebiet der Stadt Heidenau <i>Vom 4. Oktober 2000</i>		458
<b>Berichtigung</b> der Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Leipzig über die Änderung der Zuständigkeit der Großen Kreisstadt Delitzsch <i>Vom 6. Oktober 2000</i>		467

<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden ( <i>DVOGefHundG</i> ) Vom 1. November 2000	467
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Ausbildung und Prüfung für den mittleren, gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst sowie für den prüfungserleichterten Aufstieg in den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst ( <i>Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Polizeivollzugsdienst – SächsAPOPVD</i> ) Vom 7. November 2000	468
<b>08. 12. 00</b> <b>15/2000</b>	
<b>Gesetz</b> über die Justiz im Freistaat Sachsen ( <i>Sächsisches Justizgesetz – SächsJG</i> ) Vom 24. November 2000	482
<b>Gesetz</b> zur Änderung des Eingliederungsgesetzes Leipzig Vom 14. November 2000	494
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Festlegung der Mindestanzahl der Erzeuger bei der Anerkennung von nach der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 bereits anerkannten Erzeugerorganisationen Vom 21. November 2000	495
Zweite <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Gerichtsvollzieher-Kosten-Verordnung Vom 21. November 2000	495
<b>Verordnung</b> des Regierungspräsidiums Leipzig zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes „Partheaue-Machern“ Vom 8. November 2000	496
<b>28. 12. 00</b> <b>16/2000</b>	
<b>Gesetz</b> über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2001 und 2002 (Haushaltsgesetz 2001/2002) und die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2001 und 2001 Vom 15. Dezember 2000	502
<b>Artikel 1</b> Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2001 und 2002 ( <i>Haushaltsgesetz 20001/2002</i> )	502
<b>Artikel 2</b> Gesetz über die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2001 und 2002	506
<b>Artikel 3</b> Währungsumstellung	507
<b>Artikel 4</b> In-Kraft-Treten, Geltungsdauer	507
<b>Gesetz</b> über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000	513
<b>Artikel 1</b> Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes	513
<b>Artikel 2</b> Änderung des Sächsischen Spätaussiedlereingliederungsgesetzes	513
<b>Artikel 3</b> Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes	513
<b>Artikel 4</b> Änderung der Sächsischen Bauordnung	514
<b>Artikel 5</b> Änderung des Sächsischen Wassergesetzes	514
<b>Artikel 6</b> Änderung des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen	514
<b>Artikel 7</b> Änderung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft	515
<b>Artikel 8</b> Änderung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft	515
<b>Artikel 9</b> Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen im Freistaat Sachsen	515
<b>Artikel 10</b> Änderung des Gesetzes über die Gewährung von Landeserziehungsgeld im Freistaat Sachsen	515
<b>Artikel 11</b> Änderung des Gesetzes über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche	516
<b>Artikel 12</b> Änderung des Sächsischen Kulturraumgesetzes	516
<b>Artikel 13</b> Änderung der Vorläufigen Sächsischen Haushaltsordnung	516
<b>Artikel 14</b> Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang	520
<b>Artikel 15</b> Neubekanntmachung	520
<b>Artikel 16</b> In-Kraft-Treten	520
Zweites <b>Gesetz</b> zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen Vom 12. Dezember 2000	521
<b>Gesetz</b> zum Fünften <b>Staatsvertrag</b> zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge und zur Änderung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes Vom 12. Dezember 2000	526
<b>Artikel 1</b> Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge	527
<b>Artikel 2</b> Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen ( <i>Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG</i> )	527
<b>Artikel 3</b> Neufassung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes	528
<b>Artikel 4</b> In-Kraft-Treten	529
Fünfter <b>Staatsvertrag</b> zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge ( <i>Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag</i> )	529
<b>Artikel 1</b> Änderung des Rundfunkstaatsvertrag	529
<b>Artikel 2</b> Änderung des ARD-Staatsvertrages	530
<b>Artikel 3</b> Änderung des ZDF-Staatsvertrages	531
<b>Artikel 4</b> Änderung des Deutschlandradio-Staatsvertrages	531
<b>Artikel 5</b> Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages	531
<b>Artikel 6</b> Änderung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages	531
<b>Artikel 7</b> Änderung des Mediendienste-Staatsvertrages	532
<b>Artikel 8</b> Übergangsbestimmungen, Kündigungen, In-Kraft-Treten, Neubekanntmachung, Notifizierung	532

<b>Artikel 9</b> Währungsumstellung	532
<b>Gesetz</b> über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Kleingartenvereinen und die Führung der Gemeinnützigkeitsaufsicht <i>Vom 12. Dezember 2000</i>	534
<b>Gesetz</b> über den Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages vom 17. Dezember 1992 über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband <i>Vom 14. Dezember 2000</i>	534
<b>Staatsvertrag</b> zur Änderung des Staatsvertrages über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband	535
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Bundesberggesetz ( <i>BBergG-Ermächtigungsverordnung – BergErmVO</i> ) <i>Vom 12. Dezember 2000</i>	537
<b>Verordnung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Organisation und Verfahrensweise des Landesjugendamtes ( <i>LJAVO</i> ) <i>Vom 12. Dezember 2000</i>	537
Neunte <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung <i>Vom 4. Dezember 2000</i>	539
Zweite <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Justizzuständigkeitsverordnung <i>Vom 29. November 2000</i>	539
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Verordnung über die Wahl der Vertreter der Beschäftigten in den Verwaltungsräten der Sparkassen <i>Vom 5. Dezember 2000</i>	540
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Voraussetzungen und das Verfahren der Zulassung privater Kontrollstellen nach dem LebensmittelSpezialitätengesetz und dem Markengesetz <i>Vom 27. November 2000</i>	540
<b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über den „Naturpark Dübener Heide“ Teilgebiet Sachsen ( <i>Naturparkverordnung Dübener Heide</i> ) <i>Vom 1. Dezember 2000</i>	542
<b>Bekanntmachung</b> der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung des Beschlusses der Sächsischen Staatsregierung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Staatsministerien gemäß Artikel 83 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen in Verbindung mit § 4 Abs. 3 des Gesetzes zur Ergänzung der Rechtsgrundlagen des Verwaltungsaufbaus des Freistaates Sachsen – Sächsisches Verwaltungsaufbauergänzungsgesetzes – SächsVwAufbErgG – <i>Vom 15. Dezember 2000</i>	548
<b>30. 12. 00</b> <b>17/2000</b>	
Vierte <b>Verordnung</b> des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen ( <i>Viertes Sächsisches Kostenverzeichnis – 4. SächsKVZ</i> ) <i>Vom 24. Oktober 2000</i>	549

## Kurztitel und amtliche Kurzbenennungen

Kurztitel/amtliche Kurzbenennung Titel	Tag der Ausgabe	Nr. des Blattes	Seite
<b>3. VermGZuVO</b> Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen (3. VermGZuVO) Vom 18. Februar 2000	31. 03.	4	132
<b>4. SächsKVZ</b> Vierte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen (Viertes Sächsisches Kostenverzeichnis – 4. SächsKVZ) Vom 24. Oktober 2000	30. 12.	17	549
<b>4. VermGZuVO</b> Vierte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen (4. VermGZuVO) Vom 7. Juli 2000	31. 07.	10	334
<b>5. VermGZuVO</b> Fünfte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen (5. VermZuVO) Vom 28. August 2000	20. 09.	12	413
<b>6. VermGZuVO</b> Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zusammenlegung von Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen (6. VermGZuVO) Vom 23. Oktober 2000	14. 11.	14	452
<b>Abgeordnetengesetz</b> Neuntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Sächsischen Landtages – Abgeordnetengesetz – Vom 4. Mai 2000	26. 05.	7	215
Bekanntmachung der Neufassung des Abgeordnetengesetzes Vom 4. Juli 2000	31. 07.	10	326
Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Sächsischen Landtages (Abgeordnetengesetz)	31. 07.	10	326
<b>ABoZuVO</b> Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Aufhebung der Verordnung über die Regelung der Zuständigkeit bei der Durchführung abfallrechtlicher und bodenschutzrechtlicher Vorschriften Vom 7. August 2000	31. 08.	11	368
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Zuständigkeiten bei der Durchführung abfallrechtlicher und bodenschutzrechtlicher Vorschriften (ABoZuVO) Vom 19. Juli 2000	31. 08.	11	392
<b>AtStrZuVO</b> Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Atom- und Strahlenschutzrecht Vom 21. August 2000	20. 09.	12	425
<b>Aufwandsentschädigungs-Verordnung</b> Gesetz zur Änderung aufwandsentschädigungs- und besoldungsrechtlicher Vorschriften Vom 24. August 2000	31. 08.	11	367
<b>Artikel 1</b> Änderung der Aufwandsentschädigungsverordnung			367
<b>Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst</b> Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst im Freistaat Sachsen (Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst – SächsAPOgVwD) Vom 24. Juli 2000	31. 08.	11	368
<b>BBergG – Ermächtigungsverordnung</b> Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Bundesberggesetz (BBergG-Ermächtigungsverordnung – BergErmVO) Vom 12. Dezember 2000	28. 12.	16	537
<b>BBigZustVOöD</b> Verordnung der sächsischen Staatsministerien über Zuständigkeiten für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst (Zuständigkeitsverordnung nach dem Berufsbildungsgesetz im öffentlichen Dienst – BBigZustVOöD) Vom 3. Februar 2000	24. 02.	2	14
<b>BergErmVO</b> Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Bundesberggesetz (BBergG-Ermächtigungsverordnung – BergErmVO) Vom 12. Dezember 2000	28. 12.	16	537
<b>BezügeZustVO</b> Berichtigung der Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und der sächsischen Staatsministerien über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern (BezügeZustVO) vom 22. Februar 1999 Vom 22. Oktober 1999	21. 01.	1	4



**BFSO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Berufsfachschule Vom 30. August 2000 20. 09. 12 414

**Chemikalienrecht-Zuständigkeitsverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zuständigkeiten zur Ausführung chemikalienrechtlicher Vorschriften (*Chemikalienrecht-Zuständigkeitsverordnung – ChemRZuVO*) Vom 9. Mai 2000 30. 06. 8 249

**ChemRZuVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zuständigkeiten zur Ausführung chemikalienrechtlicher Vorschriften (*Chemikalienrecht-Zuständigkeitsverordnung – ChemRZuVO*) Vom 9. Mai 2000 30. 06. 8 249

**DVOGefHundG**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden (*DVOGefHundG*) Vom 1. November 2000 14. 11. 14 467

**Eingliederungsgesetz Leipzig**

Gesetz zur Änderung des Eingliederungsgesetzes Leipzig Vom 14. November 2000 08. 12. 15 494

**FAG**

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 1999 und 2000 und anderer Gesetze Vom 15. März 2000 31. 03. 4 126

**Artikel 3** Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen 126

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen Vom 12. Dezember 2000 28. 12. 16 521

**FAZustVO**

Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung Vom 8. März 2000 31. 03. 4 131

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Bezeichnung, Sitz, Bezirk und Zuständigkeit der Finanzämter (*Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung – FAZustVO*) Vom 18. Juli 2000 31. 08. 11 375

**Feuerwehr-Entschädigungsverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Aufwandsentschädigung der Kreisbrandmeister und der ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren im Freistaat Sachsen (*Feuerwehr-Entschädigungsverordnung – Fw-EntschVO*) Vom 28. Dezember 1999 24. 02. 2 15

**FFAVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Änderung der Verordnung über Feldes- und Förderabgaben und der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten Vom 3. August 2000 31. 08. 11 389

**Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung**

Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung Vom 8. März 2000 31. 03. 4 131

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Bezeichnung, Sitz, Bezirk und Zuständigkeit der Finanzämter (*Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung – FAZustVO*) Vom 18. Juli 2000 31. 08. 11 375

**Finanzausgleichsgesetz**

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 1999 und 2000 und anderer Gesetze Vom 15. März 2000 31. 03. 4 126

**Artikel 3** Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen 126

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen Vom 12. Dezember 2000 28. 12. 16 521

**Flüchtlingsunterbringungsgebührenverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gebühren für die Benutzung von Einrichtungen für die Unterbringung von Flüchtlingen (*Flüchtlingsunterbringungsgebührenverordnung – FUGVO*) Vom 21. März 2000 12. 04. 5 148

**Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag**

Fünfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (*Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag*) 28. 12. 16 529

**Artikel 1** Änderung des Rundfunkstaatsvertrag 529

**Artikel 2** Änderung des ARD-Staatsvertrages 530

**Artikel 3** Änderung des ZDF-Staatsvertrages 531

<b>Artikel 4</b>	Änderung des Deutschlandradio-Staatsvertrages			531
<b>Artikel 5</b>	Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages			531
<b>Artikel 6</b>	Änderung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages			531
<b>Artikel 7</b>	Änderung des Mediendienste-Staatsvertrages			532
<b>Artikel 8</b>	Übergangsbestimmungen, Kündigungen, In-Kraft-Treten, Neubekanntmachung, Notifizierung			532
<b>Artikel 9</b>	Währungsumstellung			532
<b>FUGVO</b>				
	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gebühren für die Benutzung von Einrichtungen für die Unterbringung von Flüchtlingen ( <i>Flüchtlingsunterbringungsgebührenverordnung – FUGVO</i> ) Vom 21. März 2000	12. 04.	5	148
<b>Fw-EntschVO</b>				
	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Aufwandsentschädigung der Kreisbrandmeister und der ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren im Freistaat Sachsen ( <i>Feuerwehr-Entschädigungsverordnung – Fw-EntschVO</i> ) Vom 28. Dezember 1999	24. 02.	2	15
<b>GefHundG</b>				
	Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden ( <i>GefHundG</i> ) Vom 24. August 2000	31. 08.	11	358
<b>Gerichtsvollzieher-Kosten-Verordnung</b>				
	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Gerichtsvollzieher-Kosten-Verordnung Vom 20. Dezember 1999	21. 01.	1	7
	Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Gerichtsvollzieher-Kosten-Verordnung Vom 21. November 2000	08. 12.	15	495
<b>Gesetz über Kindertageseinrichtungen</b>				
	Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000	28. 12.	16	513
<b>Artikel 9</b>	Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen im Freistaat Sachsen			515
<b>Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002</b>				
	Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000	28. 12.	16	513
<b>Artikel 1</b>	Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes			513
<b>Artikel 2</b>	Änderung des Sächsischen Spätaussiedlereingliederungsgesetzes			513
<b>Artikel 3</b>	Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes			513
<b>Artikel 4</b>	Änderung der Sächsischen Bauordnung			514
<b>Artikel 5</b>	Änderung des Sächsischen Wassergesetzes			514
<b>Artikel 6</b>	Änderung des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen			514
<b>Artikel 7</b>	Änderung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft			515
<b>Artikel 8</b>	Änderung der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft			515
<b>Artikel 9</b>	Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen im Freistaat Sachsen			515
<b>Artikel 10</b>	Änderung des Gesetzes über die Gewährung von Landeserziehungsgeld im Freistaat Sachsen			515
<b>Artikel 11</b>	Änderung des Gesetzes über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche			516
<b>Artikel 12</b>	Änderung des Sächsischen Kulturraumgesetzes			516
<b>Artikel 13</b>	Änderung der Vorläufigen Sächsischen Haushaltsordnung			516
<b>Artikel 14</b>	Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang			520
<b>Artikel 15</b>	Neubekanntmachung			520
<b>Artikel 16</b>	In-Kraft-Treten			520
<b>Haushaltsgesetz 2001/2002</b>				
	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2001 und 2002 (Haushaltsgesetz 2001/2002) und die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2001 und 2001 Vom 15. Dezember 2000	28. 12.	16	502
<b>Artikel 1</b>	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2001 und 2002 (Haushaltsgesetz 2001/2002)			502
<b>ImSchZuV</b>				
	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz Vom 20. Juni 2000	17. 07.	9	296
	Bekanntmachung der Neufassung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz Vom 20. Juni 2000	17. 07.	9	301

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung über Zuständigkeiten zur Ausführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, des Benzinbleigesetzes und der aufgrund dieser Gesetze ergangenen Verordnungen ( <i>Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz – ImSchZuV</i> )	17. 07.	9	302
<b>Justizzuständigkeitsverordnung</b>			
Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Justizzuständigkeitsverordnung <i>Vom 4. September 2000</i>	20. 09.	12	411
Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Justizzuständigkeitsverordnung <i>Vom 29. November 2000</i>	28. 12.	16	539
<b>JuZustVO</b>			
Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Justizzuständigkeitsverordnung <i>Vom 4. September 2000</i>	20. 09.	12	411
Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz zur Änderung der Justizzuständigkeitsverordnung <i>Vom 29. November 2000</i>	28. 12.	16	539
<b>Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung</b>			
Neunte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung <i>Vom 4. Dezember 2000</i>	28. 12.	16	539
<b>KomAEVO</b>			
Gesetz zur Änderung aufwandsentschädigungs- und besoldungsrechtlicher Vorschriften <i>Vom 24. August 2000</i>	31. 08.	11	367
<b>Artikel 1</b> Änderung der Aufwandsentschädigungsverordnung			367
<b>KomBesVO</b>			
Gesetz zur Änderung aufwandsentschädigungs- und besoldungsrechtlicher Vorschriften <i>Vom 24. August 2000</i>	31. 08.	11	367
<b>Artikel 2</b> Änderung der Kommunalbesoldungs-Verordnung			367
<b>KommTPGVO</b>			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie zur Errichtung einer Kommission bei einer Lebendspende ( <i>KommTPGVO</i> ) <i>Vom 14. Dezember 1999</i>	21. 01.	1	8
<b>Kommunalbesoldungs-Verordnung</b>			
Gesetz zur Änderung aufwandsentschädigungs- und besoldungsrechtlicher Vorschriften <i>Vom 24. August 2000</i>	31. 08.	11	367
<b>Artikel 2</b> Änderung der Kommunalbesoldungs-Verordnung			367
<b>Kommunalwahlgesetz</b>			
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen <i>Vom 5. April 2000</i>	12. 04.	5	147
<b>Kommunalwahlordnung</b>			
Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kommunalwahlordnung <i>Vom 20. April 2000</i>	26. 05.	7	222
<b>Kommunalwahlrechts-Anpassungsverordnung</b>			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Aufhebung der ÖbV-Qualifikationsverordnung, der Kommunalwahlrechts-Anpassungsverordnung und der Wahlanpassungsverordnung <i>Vom 13. September 2000</i>	29. 09.	13	438
<b>KomWANpVO</b>			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Aufhebung der ÖbV-Qualifikationsverordnung, der Kommunalwahlrechts-Anpassungsverordnung und der Wahlanpassungsverordnung <i>Vom 13. September 2000</i>	29. 09.	13	438
<b>KomWG</b>			
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen <i>Vom 5. April 2000</i>	12. 04.	5	147
<b>KomWO</b>			
Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kommunalwahlordnung <i>Vom 20. April 2000</i>	26. 05.	7	222
<b>KÜGO</b>			
Neunte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung <i>Vom 4. Dezember 2000</i>	28. 12.	16	539
<b>Landesbeauftragtengesetz</b>			
Gesetz zur Änderung des Landesbeauftragtengesetzes und des Sächsischen Besoldungsgesetzes <i>Vom 5. April 2000</i>	12. 04.	5	146

**LAPO I**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Erste Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen im Freistaat Sachsen (*Lehramtsprüfungsordnung I – LAPO I*) Vom 13. März 2000 02. 05. 6 166

**LBlindG**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513

**Artikel 11** Änderung des Gesetzes über die Gewährung eines Landesblindengeldes und anderer Nachteilsausgleiche 516

**Lehramtsprüfungsordnung I**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Erste Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen im Freistaat Sachsen (*Lehramtsprüfungsordnung I – LAPO I*) Vom 13. März 2000 02. 05. 6 166

**LJAVO**

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Organisation und Verfahrensweise des Landesjugendamtes (*LJAVO*) Vom 12. Dezember 2000 28. 12. 16 537

**LMChemAPVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über die Ausbildung und Prüfung der staatlich geprüften Lebensmittelchemiker (*LMChemAPVO*) Vom 28. Juni 2000 31. 07. 10 335

**Naturparkverordnung Dübener Heide**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über den „Naturpark Dübener Heide“ Teilgebiet Sachsen (*Naturparkverordnung Dübener Heide*) Vom 1. Dezember 2000 28. 12. 16 542

**ÖbV-Qualifikationsverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Aufhebung der ÖbV-Qualifikationsverordnung, der Kommunalwahlrechts-Anpassungsverordnung und der Wahlanpassungsverordnung Vom 13. September 2000 29. 09. 13 438

**ÖbVQuVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Aufhebung der ÖbV-Qualifikationsverordnung, der Kommunalwahlrechts-Anpassungsverordnung und der Wahlanpassungsverordnung Vom 13. September 2000 29. 09. 13 438

**OLJBVO**

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Bestimmung der obersten Landesjugendbehörde (*OLJBVO*) Vom 28. März 2000 12. 04. 5 147

**Ordnungsmaßnahmenzuständigkeitsverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Zuständigkeiten bei Ordnungsmaßnahmen (*Ordnungsmaßnahmenzuständigkeitsverordnung – ZustOrdVO*) Vom 30. August 2000 20. 09. 12 419

**OwiZuVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Änderung der Verordnung über Feldes- und Förderabgaben und der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten Vom 3. August 2000 31. 08. 11 389

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten Vom 19. Juli 2000 31. 08. 11 394

**SächsAGVermG**

Sächsisches Gesetz zur Ausführung des Vermögensgesetzes (*SächsAGVermG*) Vom 24. August 2000 31. 08. 11 360

**SächsAPOgVwD**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst im Freistaat Sachsen (*Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst – SächsAPOgVwD*) Vom 24. Juli 2000 31. 08. 11 368

**SächsAPOPVD**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Ausbildung und Prüfung für den mittleren, gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst sowie für den prüfungserleichterten Aufstieg in den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst (*Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Polizeivollzugsdienst – SächsAPOPVD*) Vom 7. November 2000 14. 11. 14 468

**SächsAüGUVG**

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 1999 und 2000 und anderer Gesetze Vom 15. März 2000 31. 03. 4 126

**Artikel 2** Gesetz zur Änderung des Sächsischen Aufgabenübertragungsgesetzes zum Unterhaltsvorschussgesetz 126

**SächsBesG**

Gesetz zur Änderung des Landesbeauftragtengesetzes und des Sächsischen Besoldungsgesetzes  
 Vom 5. April 2000 12. 04. 5 146

**SächsBG**

Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zum Beamtengesetz für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juni 1999 Vom 16. Dezember 1999 21. 01. 1 7

**SächsBO**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 4** Änderung der Sächsischen Bauordnung 514

**SächsBO-DurchführVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Sächsischen Bauordnung Vom 10. März 2000 31. 03. 4 129

**SächsBrandschG**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 3** Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes 513

**SächsFlüAG**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 1** Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes 513

**SächsFöDaVO**

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der Landeseinheitlichen Fördermitteldatenbank (*Sächsische Fördermitteldatenbankverordnung – Sächs-FöDaVO*) Vom 13. Oktober 2000 14. 11. 14 442

**SächsFrTrSchulG**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 7** Änderung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft 515

**SächsHfVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Heilfürsorge für Polizeibeamte, Beamte des Landesamtes für Verfassungsschutz und feuerwehrtechnische Beamte (*Sächsische Heilfürsorgeverordnung – SächsHfVO*) Vom 23. März 2000 26. 05. 7 216

**SächsHZG**

Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen und zur Änderung des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes Vom 22. Juni 2000 30. 06. 8 238  
**Artikel 2** Änderung des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes 238

**Sächsische Anlagenverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (*Sächsische Anlagenverordnung – SächsVAwS*) Vom 18. April 2000 26. 05. 7 223

**Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Polizeivollzugsdienst**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Ausbildung und Prüfung für den mittleren, gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst sowie für den prüfungserleichterten Aufstieg in den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst (*Sächsische Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Polizeivollzugsdienst – SächsAPOPVD*) Vom 7. November 2000 14. 11. 14 468

**Sächsische Fördermitteldatenbankverordnung**

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der Landeseinheitlichen Fördermitteldatenbank (*Sächsische Fördermitteldatenbankverordnung – Sächs-FöDaVO*) Vom 13. Oktober 2000 14. 11. 14 442

**Sächsische Haushaltsordnung**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 13** Änderung der Vorläufigen Sächsischen Haushaltsordnung 516

**Sächsische Heilfürsorgeverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Heilfürsorge für Polizeibeamte, Beamte des Landesamtes für Verfassungsschutz und feuerwehrtechnische Beamte (*Sächsische Heilfürsorgeverordnung – SächsHfVO*) Vom 23. März 2000 26. 05. 7 216

**Sächsische Laufbahnverordnung**

Vierte Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Laufbahnverordnung Vom 31. Mai 2000 30. 06. 8 246

Bekanntmachung der Neufassung der Sächsischen Laufbahnverordnung Vom 15. August 2000 20. 09. 12 398

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Laufbahnen der Beamten und Richter im Freistaat Sachsen (*Sächsische Laufbahnverordnung – SächsLVO*) 20. 09. 12 398

**Sächsische Studentendatenverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerber, Studenten und Prüfungskandidaten für statistische und Verwaltungszwecke der Hochschulen (*Sächsische Studentendatenverordnung – SächsStudDatVO*) Vom 19. Juli 2000 31. 08. 11 390

**Sächsische Studienplatzvergabeverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Vergabe von Studienplätzen (*Sächsische Studienplatzvergabeverordnung – SächsStudPlVergabeVO*) Vom 4. Juli 2000 17. 07. 9 274

**Sächsische Verordnung für ausländische akademische Grade**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Änderung der Sächsischen Verordnung für ausländische akademische Grade Vom 21. Februar 2000 31. 03. 4 133

**Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2000/2001**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen im Studienjahr 2000/2001 (*Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2000/2001 – SächsZZVO 2000/2001*) Vom 4. Juli 2000 17. 07. 9 285

**Sächsisches Beamtengesetz**

Berichtigung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zum Beamtengesetz für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juni 1999 Vom 16. Dezember 1999 21. 01. 1 7

**Sächsisches Brandschutzgesetz**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 3** Änderung des Sächsischen Brandschutzgesetzes 513

**Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 1** Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes 513

**Sächsisches Hochschulzulassungsgesetz**

Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen und zur Änderung des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes Vom 22. Juni 2000 30. 06. 8 238  
**Artikel 2** Änderung des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes 238

**Sächsisches Justizgesetz**

Gesetz über die Justiz im Freistaat Sachsen (*Sächsisches Justizgesetz – SächsJG*) Vom 24. November 2000 08. 12. 15 482

**Sächsisches Kulturraumgesetz**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 12** Änderung des Sächsischen Kulturraumgesetzes 516

**Sächsisches Landeserziehungsgeldgesetz**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 10** Änderung des Gesetzes über die Gewährung von Landeserziehungsgeld im Freistaat Sachsen 515

**Sächsisches Ministergesetz**

Drittes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ministergesetzes Vom 4. Mai 2000 26. 05. 7 214  
 Bekanntmachung der Neufassung des Sächsischen Ministergesetzes Vom 4. Juli 2000 31. 07. 10 322

Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung ( <i>Sächsisches Ministergesetz – SächsMinG</i> )	31. 07.	10	322
<b>Sächsisches Privatrundfunkgesetz</b>			
Gesetz zum Vierten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge <i>Vom 16. März 2000</i>	24. 03.	3	89
<b>Artikel 3</b> Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen ( <i>Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG</i> )			89
Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge und zur Änderung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes <i>Vom 12. Dezember 2000</i>	28. 12.	16	526
<b>Artikel 2</b> Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen ( <i>Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG</i> )			527
<b>Sächsisches Spätaussiedlereingliederungsgesetz</b>			
Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen <i>Vom 14. Dezember 2000</i>	28. 12.	16	513
<b>Artikel 2</b> Änderung des Sächsischen Spätaussiedlereingliederungsgesetzes			513
<b>SächsJG</b>			
Gesetz über die Justiz im Freistaat Sachsen ( <i>Sächsisches Justizgesetz – SächsJG</i> ) <i>Vom 24. November 2000</i>	08. 12.	15	482
<b>SächsKRG</b>			
Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen <i>Vom 14. Dezember 2000</i>	28. 12.	16	513
<b>Artikel 12</b> Änderung des Sächsischen Kulturraumgesetzes			516
<b>SächsLerzGG</b>			
Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen <i>Vom 14. Dezember 2000</i>	28. 12.	16	513
<b>Artikel 10</b> Änderung des Gesetzes über die Gewährung von Landeserziehungsgeld im Freistaat Sachsen			515
<b>SächsLVO</b>			
Vierte Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Laufbahnverordnung <i>Vom 31. Mai 2000</i>	30. 06.	8	246
Bekanntmachung der Neufassung der Sächsischen Laufbahnverordnung <i>Vom 15. August 2000</i>	20. 09.	12	398
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Laufbahnen der Beamten und Richter im Freistaat Sachsen ( <i>Sächsische Laufbahnverordnung – SächsLVO</i> )	20. 09.	12	398
<b>SächsMG</b>			
Gesetz zum Vierten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge <i>Vom 16. März 2000</i>	24. 03.	3	89
<b>Artikel 4</b> Änderung des Sächsischen Meldegesetzes			92
<b>SächsMinG</b>			
Drittes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ministergesetzes <i>Vom 4. Mai 2000</i>	26. 05.	7	214
Bekanntmachung der Neufassung des Sächsischen Ministergesetzes <i>Vom 4. Juli 2000</i>	31. 07.	10	322
Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung ( <i>Sächsisches Ministergesetz – SächsMinG</i> )	31. 07.	10	322
<b>SächsPRG</b>			
Gesetz zum Vierten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge <i>Vom 16. März 2000</i>	24. 03.	3	89
<b>Artikel 3</b> Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen ( <i>Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG</i> )			89
Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge und zur Änderung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes <i>Vom 12. Dezember 2000</i>	28. 12.	16	526
<b>Artikel 2</b> Änderung des Gesetzes über den privaten Rundfunk und neue Medien in Sachsen ( <i>Sächsisches Privatrundfunkgesetz – SächsPRG</i> )			527
<b>Artikel 3</b> Neufassung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes			528
<b>SächsPStVO</b>			
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Ausführung personenstandsrechtlicher und eherechtlicher Vorschriften ( <i>SächsPStVO</i> ) <i>Vom 29. August 2000</i>	20. 09.	12	410
<b>SächsRKVO</b>			
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Verordnung zum Sächsischen Reisekostengesetz <i>Vom 22. September 2000</i>	14. 11.	14	445

**SächsSozVgDAPVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der Sozialverwaltung und Sozialversicherung (*SächsSozVgDAPVO*) Vom 25. August 2000 20. 09. 12 419

**SächsSozVmDAPVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über die Ausbildung und Prüfung für den mittleren nichttechnischen Dienst in der Sozialverwaltung (*SächsSozVmDAPVO*) Vom 15. September 2000 14. 11. 14 452

**SächsSpAEG**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 2** Änderung des Sächsischen Spätaussiedlereingliederungsgesetzes 513

**SächsSparkWVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Verordnung über die Wahl der Vertreter der Beschäftigten in den Verwaltungsräten der Sparkassen Vom 5. Dezember 2000 28. 12. 16 540

**SächsStudDatVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerber, Studenten und Prüfungskandidaten für statistische und Verwaltungszwecke der Hochschulen (*Sächsische Studentendatenverordnung – SächsStudDatVO*) Vom 19. Juli 2000 31. 08. 11 390

**SächsStudPIVergabeVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Vergabe von Studienplätzen (*Sächsische Studienplatzvergabeverordnung – SächsStudPIVergabeVO*) Vom 4. Juli 2000 17. 07. 9 274

**SächsTechPrüfVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen in baulichen Anlagen und Räumen besonderer Art oder Nutzung (*SächsTechPrüfVO*) Vom 7. Februar 2000 31. 03. 4 127

**SächsTWGewVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Trinkwassergewinnungsverordnung Vom 15. Juni 2000 17. 07. 9 295

**SächsVAwS**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (*Sächsische Anlagenverordnung – SächsVAwS*) Vom 18. April 2000 26. 05. 7 223

**SächsVFAVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Berufsausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten in den Fachrichtungen Landesverwaltung und Kommunalverwaltung (*SächsVFAVO*) Vom 7. Dezember 1999 21. 01. 1 5

**SächsVOAAGr**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Änderung der Sächsischen Verordnung für ausländische akademische Grade Vom 21. Februar 2000 31. 03. 4 133

**SächsWG**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513  
**Artikel 5** Änderung des Sächsischen Wassergesetzes 514

**SächsZZVO 2000/2001**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen im Studienjahr 2000/2001 (*Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2000/2001 – SächsZZVO 2000/2001*) Vom 4. Juli 2000 17. 07. 9 285

**SäHO**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen  
**Artikel 13** Änderung der Vorläufigen Sächsischen Haushaltsordnung 516

**SäKitaG**

Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000 28. 12. 16 513



<b>Artikel 9</b> Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen im Freistaat Sachsen				515
<b>Schiedsstelle für Vergütungen in der Sozialhilfe</b>				
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Schiedsstelle gemäß § 94 Abs. 4 Bundessozialhilfegesetz ( <i>Schiedsstelle für Vergütungen in der Sozialhilfe – SchiedVergSozVO</i> ) Vom 11. Oktober 2000	14. 11.	14		443
<b>SchiedVergSozVO</b>				
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Schiedsstelle gemäß § 94 Abs. 4 Bundessozialhilfegesetz ( <i>Schiedsstelle für Vergütungen in der Sozialhilfe – SchiedVergSozVO</i> ) Vom 11. Oktober 2000	14. 11.	14		443
<b>SchulG</b>				
Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002 im Freistaat Sachsen (Haushaltsbegleitgesetz 2001 und 2002) und zur Änderung der Vorläufigen Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen Vom 14. Dezember 2000	28. 12.	16		513
<b>Artikel 6</b> Änderung des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen				514
<b>Schulordnung Berufsfachschule</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Berufsfachschule Vom 30. August 2000	20. 09.	12		414
<b>Schulordnung Förderschulen</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Grundschulen, der Schulordnung Förderschulen und der Schulordnung Mittelschulen Vom 1. September 2000	20. 09.	12		417
<b>Schulordnung Grundschulen</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Grundschulen, der Schulordnung Förderschulen und der Schulordnung Mittelschulen Vom 1. September 2000	20. 09.	12		417
<b>Schulordnung Gymnasien</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Gymnasien Vom 30. August 2000	20. 09.	12		415
<b>Schulordnung Mittelschulen</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Grundschulen, der Schulordnung Förderschulen und der Schulordnung Mittelschulen Vom 1. September 2000	20. 09.	12		417
<b>SMUL-Zuständigkeitsverordnung</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Bezeichnung, Sitz und Dienstbezirk nachgeordneter Behörden und zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Ernährung ( <i>SMUL-Zuständigkeitsverordnung – SMULZuVO</i> ) Vom 26. Mai 2000	30. 06.	8		259
<b>SMULZuVO</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Bezeichnung, Sitz und Dienstbezirk nachgeordneter Behörden und zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Ernährung ( <i>SMUL-Zuständigkeitsverordnung – SMULZuVO</i> ) Vom 26. Mai 2000	30. 06.	8		259
<b>SOFS</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Grundschulen, der Schulordnung Förderschulen und der Schulordnung Mittelschulen Vom 1. September 2000	20. 09.	12		417
<b>SOGS</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Grundschulen, der Schulordnung Förderschulen und der Schulordnung Mittelschulen Vom 1. September 2000	20. 09.	12		417
<b>SOGY</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Gymnasien Vom 30. August 2000	20. 09.	12		415
<b>SOMI</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schulordnung Grundschulen, der Schulordnung Förderschulen und der Schulordnung Mittelschulen Vom 1. September 2000	20. 09.	12		417
<b>Trinkwassergewinnungsverordnung</b>				
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Trinkwassergewinnungsverordnung Vom 15. Juni 2000	17. 07.	9		295
<b>Vertretungsverordnung</b>				
Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Vertretung des Freistaates Sachsen in gerichtlichen Verfahren ( <i>Vertretungsverordnung – VertrVO</i> )	21. 01.	1		2

**VertrVO**

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Vertretung des Freistaates Sachsen in gerichtlichen Verfahren (*Vertretungsverordnung – VertrVO*) 21. 01. 1 2

**Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag**

Vierter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (*Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag*) Vom 31. August 1999 24. 03. 3 93

**Artikel 1** Änderung des Rundfunkstaatsvertrages 93

**Artikel 2** Änderung des ARD-Staatsvertrages 102

**Artikel 3** Änderung des ZDF-Staatsvertrages 102

**Artikel 4** Änderung des Deutschlandradio-Staatsvertrages 103

**Artikel 5** Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages 103

**Artikel 6** Änderung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages 104

**Artikel 7** Änderung des Mediendienste-Staatsvertrages 104

**Artikel 8** Übergangsbestimmung, Kündigung, In-Kraft-Treten, Neubekanntmachung 105

**Viertes Sächsisches Kostenverzeichnis**

Vierte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Festsetzung der Verwaltungsgebühren und Auslagen (*Viertes Sächsisches Kostenverzeichnis – 4. SächsKVZ*) Vom 24. Oktober 2000 30. 12. 17 549

**VokomAbw**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser und der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft Vom 20. Juni 2000 31. 07. 10 348

**VwKFIHGVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über Verwaltungskosten für amtliche Untersuchungen nach dem Fleischhygiene-, Geflügelfleischhygiene- sowie dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz Vom 9. Februar 2000 31. 03. 4 133

**VwKGFHIGVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über Verwaltungskosten für amtliche Untersuchungen nach dem Fleischhygiene-, Geflügelfleischhygiene- sowie dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz Vom 9. Februar 2000 31. 03. 4 133

**VwKLMBGVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über Verwaltungskosten für amtliche Untersuchungen nach dem Fleischhygiene-, Geflügelfleischhygiene- sowie dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz Vom 9. Februar 2000 31. 03. 4 133

**Wahlanpassungsverordnung**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Aufhebung der ÖbV-Qualifikationsverordnung, der Kommunalwahlrechts-Anpassungsverordnung und der Wahlanpassungsverordnung Vom 13. September 2000 29. 09. 13 438

**WahlAnpVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Aufhebung der ÖbV-Qualifikationsverordnung, der Kommunalwahlrechts-Anpassungsverordnung und der Wahlanpassungsverordnung Vom 13. September 2000 29. 09. 13 438

**WasserZuVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft (*WasserZuVO*) Vom 7. Januar 2000 24. 02. 2 16

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser und der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft Vom 20. Juni 2000 31. 07. 10 348

**Zuständigkeitsverordnung Atom- und Strahlenschutzrecht**

Zweite Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Atom- und Strahlenschutzrecht Vom 21. August 2000 20. 09. 12 425

**Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz Vom 20. Juni 2000 17. 07. 9 296

Bekanntmachung der Neufassung der Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz Vom 20. Juni 2000 17. 07. 9 301

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung über Zuständigkeiten zur Ausführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, des Benzinbleigesetzes und der aufgrund dieser Gesetze ergangenen Verordnungen (*Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz – ImSchZuV*) 17. 07. 9 302

**Zuständigkeitsverordnung nach dem Berufsbildungsgesetz im öffentlichen Dienst**

Verordnung der sächsischen Staatsministerien über Zuständigkeiten für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst (*Zuständigkeitsverordnung nach dem Berufsbildungsgesetz im öffentlichen Dienst – BBiG-ZustVOöD*) Vom 3. Februar 2000 24. 02. 2 14

**ZuständigkeitsVO Tierseuchen**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Tierseuchenrechts (*Zuständigkeits-VO Tierseuchen*) Vom 18. Februar 2000 31. 03. 4 137

**ZustOrdVO**

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Zuständigkeiten bei Ordnungsmaßnahmen (*Ordnungsmaßnahmenzuständigkeitsverordnung – ZustOrdVO*) Vom 30. August 2000 20. 09. 12 419

## Stichwörter

Stichwort	Tag der Ausgabe	Nr. des Blattes	Seite
<b>§</b>			
10 Abs. 1 des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes, Zuständigkeitsverordnung	12. 04.	5	147
27 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, Zuständigkeitsverordnung	12. 04.	5	147
4 FAG, Aufteilung Schlüsselmassen im Jahr 2000	30. 06.	8	249
6 Abs. 1 Satz 7 Abfallverbringungsgesetz, Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach	31. 08.	11	362
6 Abs. 1 Satz 7 Abfallverbringungsgesetz, Bildung Einrichtung Abfallrückholung, Gesetz	31. 08.	11	361
94 Abs. 4 BSHG, Schiedsstelle gemäß, VO	14. 11.	14	443
<b>Az.</b>			
51-2621.30/87/Dohma-1	31. 08.	11	395
<b>Abfall(-)/Abfälle</b>			
Regelung Zuständigkeit Durchführung abfall- und bodenschutzrechtlicher Vorschriften, VO	31. 08.	11	392
rückholung nach Abfallverbringungsgesetz, Gesetz Bildung einer gemeinsamen Einrichtung zur	31. 08.	11	361
verbringungsgesetz, Staatsvertrag Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach	31. 08.	11	362
<b>Abschlussprüfungen</b>			
an Mittelschulen im FS Sachsen, Änd VO	20. 09.	12	418
<b>akademische Grade</b>			
ÄndVO zur SächsVOAAGr	31. 03.	4	133
<b>Änderung Abgrenzung</b>			
LSG „Lauta-Hoyerswerda-Wittichenau“, VO RP Dresden 3.4.00	26. 05.	7	232
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 21.8.00	20. 09.	12	426
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 22.6.00	17. 07.	9	318
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 1.3.00	31. 03.	4	140
LSG „Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 22.2.00	31. 03.	4	138
<b>Änderung Abkommen</b>			
Zentralstelle Sicherheitstechnik, Akkreditierungsstelle Länder Mess- und Prüfstellen, Abkommen	31. 08.	11	364
Zentralstelle Sicherheitstechnik, Akkreditierungsstelle Länder Mess- und Prüfstellen, Gesetz	31. 08.	11	364
<b>Änderung Gesetz(e)</b>			
Abgeordnetengesetz	26. 05.	7	215
Eingliederungsgesetz Leipzig	08. 12.	15	494
Festlegung der Finanzausgleichsmassen und Verbundquoten 1999/2000	31. 03.	4	126
Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (FAG)	31. 03.	4	126
Finanzausgleichsgesetz – FAG	28. 12.	16	521
Kommunalwahlgesetz	12. 04.	5	147
Landesbeauftragtengesetz und Sächsisches Besoldungsgesetz	12. 04.	5	146
SächsHZG	30. 06.	8	238
Sächsisches Aufgabenübertragungsgesetz zum Unterhaltsvorschussgesetz	31. 03.	4	126
Sächsisches Ministergesetz	26. 05.	7	214
Sächsisches Privatrundfunkgesetz	28. 12.	16	526
Vorläufige Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen	28. 12.	16	513
<b>Änderung Landschaftsschutzgebiet</b>			
„Partheaue-Machern“, VO RP Leipzig 8.11.00	08. 12.	15	496
„Rabensteiner Wald-Pfaffenberg“, VO RP Chemnitz 11.7.00	31. 07.	10	353
<b>Änderung Verordnung</b>			
6. Durchführungsverordnung zum Marktstrukturgesetz	30. 06.	8	248
22. Durchführungsverordnung zum Marktstrukturgesetz	30. 06.	8	248
Abschlussprüfungen an Mittelschulen im FS Sachsen	20. 09.	12	418
Aufwandsentschädigungs-Verordnung	31. 08.	11	367
Durchführung der Sächsischen Bauordnung	31. 03.	4	129
FFAVO	31. 08.	11	389
Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung	31. 03.	4	131
Gerichtsvollzieher-Kosten-Verordnung	21. 01.	1	7
Gerichtsvollzieher-Kosten-Verordnung, 2. VO	08. 12.	15	495
Justizzuständigkeitsverordnung	20. 09.	12	411
Justizzuständigkeitsverordnung, 2. VO	28. 12.	16	539
Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung, 9. VO	28. 12.	16	539
Kommunalbesoldungs-Verordnung, Gesetz	31. 08.	11	367
Kommunalwahlordnung	26. 05.	7	222

OwiZuVO (19.7.00)	31. 08.	11	394
OwiZuVO (3.8.00)	31. 08.	11	389
Sächsische Laufbahnverordnung	30. 06.	8	246
Sächsische Verordnung für ausländische akademische Grade	31. 03.	4	133
SächsSparkWVO	28. 12.	16	540
Schulordnung Berufsfachschule	20. 09.	12	414
Schulordnung Gymnasien	20. 09.	12	415
Schulordnungen: Grundschule, Förderschulen, Mittelschulen	20. 09.	12	417
Trinkwassergewinnungsverordnung	17. 07.	9	295
VO zum Sächsischen Reisekostengesetz	14. 11.	14	445
VOkomAbw	31. 07.	10	348
WasserZuVO	31. 07.	10	348
Zuständigkeitsverordnung Atom- und Strahlenschutzrecht	20. 09.	12	425
Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz	17. 07.	9	296
Zuständigkeitsverordnung Tierseuchen	31. 03.	4	137
<b>Änderung(en)</b>			
Beschluss Abgrenzung Geschäftsbereiche der Staatsministerien	28. 12.	16	548
des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen, Protokoll zur einstweilige Sicherstellung NSG „Muldeau nördlich Eilenburg“	24. 03.	3	107
rundfunkrechtlicher Staatsverträge, 4. Staatsvertrag zur	12. 04.	5	163
rundfunkrechtlicher Staatsverträge, 5. Staatsvertrag zur	24. 03.	3	93
rundfunkrechtlicher Staatsverträge, Gesetz zum 4. Staatsvertrag	28. 12.	16	529
rundfunkrechtlicher Staatsverträge, Gesetz zum 4. Staatsvertrag	24. 03.	3	89
rundfunkrechtlicher Staatsverträge, Gesetz zum 5. Staatsvertrag	28. 12.	16	526
Staatsvertrag über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband	28. 12.	16	535
Staatsvertrag über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband, Gesetz zum	28. 12.	16	534
Zuständigkeit der Großen Kreisstadt Delitzsch	31. 07.	10	356
<b>Anerkennung</b>			
Gemeinnützigkeit von Kleingartenvereinen, Führung Gemeinnützigkeitsaufsicht, VO	28. 12.	16	534
<b>Anlage(n)</b>			
zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffe, VO	26. 05.	7	223
<b>Atom- und Strahlenschutzrecht</b>			
Zuständigkeitsverordnung, ÄndVO	20. 09.	12	425
<b>Aufhebung</b>			
der ÖbVQuVO, der KomWAnpVO und der WahlAnpVO	29. 09.	13	438
VO Regelung Zuständigkeit Durchführung abfall- und bodenschutzrechtlicher Vorschriften	31. 08.	11	368
ZuständigkeitsVO nach dem Berufsbildungsgesetz – Öffentlicher Dienst, VO	24. 02.	2	13
<b>Aufteilung der/des</b>			
Schlüsselmassen nach § 4 FAG im Jahr 2000, VO	30. 06.	8	249
<b>Aufwandsentschädigung(s-)</b>			
Kreisbrandmeister und Angehörige Feuerwehr, VO	24. 02.	2	15
<b>Ausbildung und Prüfung</b>			
der staatlich geprüften Lebensmittelchemiker, VO	31. 07.	10	335
für den Polizeivollzugsdienst, VO	14. 11.	14	468
gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst, VO	31. 08.	11	368
gehobener nichttechnischer Dienst in Sozialverwaltung und -versicherung, VO	20. 09.	12	419
mittlerer nichttechnischer Dienst in der Sozialverwaltung, VO	14. 11.	14	452
<b>Ausführung(s-)</b>			
des Vermögensgesetzes, Sächsisches Gesetz zur	31. 08.	11	360
personenstandsrechtlicher und eherechtlicher Vorschriften, VO	20. 09.	12	410
<b>Ausgleich(s-)</b>			
zahlungen für Ölsaaten Erntejahr 2000, Bestimmung Höchstgrenze, VO	14. 11.	14	442
<b>Bau-</b>			
liche Anlagen, Prüfung technischer Anlagen/Einrichtungen, VO	31. 03.	4	127
ordnung, ÄndVO zur Durchführung der Sächsischen	31. 03.	4	129
<b>Bauaufsichtsbehörde</b>			
Änd Zuständigkeit Stadt Borna als untere	02. 05.	6	210
Zuständigkeit der Großen Kreisstadt Pirna als untere	31. 08.	11	395
Zuständigkeit Stadt Auerbach als untere	02. 05.	6	209
Zuständigkeit Stadt Crimmitschau als untere	17. 07.	9	318
Zuständigkeit Stadt Limbach-Oberforhna als untere	02. 05.	6	209

Zuständigkeit Stadt Reichenbach als untere	14. 11.	14	457
<b>Beamte</b>			
Polizei-, Landes- Verfassungsschutz, feuerwehrtechnische -, HeilfürsorgeVO	26. 05.	7	216
<b>Berichtigung</b>			
Änd Zuständigkeit Große Kreisstadt Delitzsch, Bek LP Leipzig	14. 11.	14	467
Neufassung BezügeZustVO	21. 01.	1	4
zum Sächsischen Beamtengesetz	21. 01.	1	7
<b>Berufs-/berufs-</b>			
bildung im öffentlichen Dienst, Zuständigkeiten für, VO	24. 02.	2	14
bildungsgesetz – Öffentlicher Dienst, Aufhebung ZuständigkeitsVO nach dem, VO	24. 02.	2	13
<b>Berufsausbildung(s-)</b>			
Verwaltungsfachangestellte/r Fachrichtung Landes- und Kommunalverwaltung, VO	21. 01.	1	5
<b>Beschluss(-)</b>			
Abgrenzung Geschäftsbereiche der Staatsministerien, Änd	28. 12.	16	548
<b>Besoldungsgesetz</b>			
Sächsisches, und Landesbeauftragtengesetz , Änd Gesetz	12. 04.	5	146
<b>Bestimmung</b>			
der obersten Landesjugendbehörde, VO	12. 04.	5	147
Höchstgrenze Ausgleichszahlungen für Ölsaaten Erntejahr 2000, VO	14. 11.	14	442
<b>Bezeichnung, Sitz und Dienstbezirk</b>			
nachgeordneter Behörden, Zuständigkeitsverordnung SMUL	30. 06.	8	259
<b>Bezeichnung, Sitz und Zuständigkeit</b>			
der Finanzämter, VO	31. 08.	11	375
<b>Bildung(s-)</b>			
einer gemeinsamen Einrichtung nach Abfallverbringungsgesetz, Staatsvertrag	31. 08.	11	362
einer gemeinsamen Einrichtung zur Abfallrückholung nach Abfallverbringungsgesetz, Gesetz	31. 08.	11	361
<b>BImSchG</b>			
Zuständigkeiten zur Ausführung des, VO	17. 07.	9	302
<b>Börsenrecht</b>			
Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des, VO	20. 09.	12	398
<b>Bund/Bundes-</b>			
berggesetz, Übertragung von Ermächtigungen nach dem, VO	28. 12.	16	537
<b>Bundesstraße(n)</b>			
173 n, Festlegung Planungsgebiet zur Sicherung der Planung Bau (Gemarkung Gersdorf und Grüna)	12. 04.	5	160
<b>Chemikalienrecht/chemikalienrechtlich(e/er/es)</b>			
Vorschriften, Zuständigkeit zur Ausführung, VO	30. 06.	8	249
<b>Durchführung der/des/von</b>			
abfall- und bodenschutzrechtlicher Vorschriften, Aufhebung VO Regelung Zuständigkeit	31. 08.	11	368
Gemeindefinanzreformgesetzes, VO	12. 04.	5	149
Weinggesetzes, VO	17. 07.	9	291
<b>Entscheidung Verfassungsgerichtshof FS Sachsen</b>			
Vf. 117-VIII-98 (Gemeinde Crinitzberg)	21. 01.	1	9
Vf. 127-VIII-98 (Gemeinde Müglitztal)	21. 01.	1	9
Vf. 13-VIII-99 (Gemeinde Heinsdorfergrund)	21. 01.	1	9
Vf. 133-VIII-98 (Gemeinde Eulowitz)	21. 01.	1	8
Vf. 14-VIII-99 (Gemeinde Colmnitz)	21. 01.	1	8
Vf. 147-VIII-98 (Gemeinde Wulm)	21. 01.	1	8
Vf. 15-VIII-99 (Gemeinde Mühltruff)	21. 01.	1	9
Vf. 16-VIII-99 (Gemeinde Seelitz)	21. 01.	1	9
Vf. 164-VIII-98 (Gemeinde Kletzen-Zschölkau)	21. 01.	1	8
Vf. 166-VIII-98 (Gemeinde Lodenau)	21. 01.	1	8
Vf. 171-VIII-98 (Gemeinde Gornau)	21. 01.	1	9
Vf. 172-VIII-98 (Gemeinde Neukirch)	21. 01.	1	9
Vf. 174-VIII-98 (Gemeinde Leuben-Schleunitz)	21. 01.	1	8
Vf. 190-VIII-98 (Gemeinde Klingenberg)	21. 01.	1	8
Vf. 200-VIII-98 (Gemeinde Schönteichen)	21. 01.	1	9
Vf. 21-VIII-99 (Stadt Treuen)	21. 01.	1	8
Vf. 32-VIII-99 (Gemeinde Striegistal)	21. 01.	1	9

Vf. 40-VIII-98: Heuersdorfgesetz vom 8. April 1998 unvereinbar mit SächsVerf	29. 09.	13	439
Vf. 40-VIII-99 (Gemeinde Triebel/Vogtl.)	21. 01.	1	9
Vf. 44-VIII-99 (Gemeinde Grünbach)	21. 01.	1	9
Vf. 45-VIII-99 (Gemeinde Milkel)	21. 01.	1	8
Vf. 48-VIII-99 (Gemeinde Bretinig-Hauswalde)	21. 01.	1	9
Vf. 85-VIII-99 (Gemeinde Diesbar-Seußlitz)	02. 05.	6	210
Vf. 94-VIII-98 (Landkreis Leipziger Land)	21. 01.	1	9
<b>Erklärung zur Großen Kreisstadt</b>			
Stadt Markkleeberg	29. 09.	13	438
Stadt Schwarzenberg	29. 09.	13	438
<b>Erllass</b>			
von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Börsenrechts, Übertragung von Ermächtigungen zum, VO	20. 09.	12	398
<b>Errichtung</b>			
Kommission bei einer Lebendspende, VO	21. 01.	1	8
<b>Erzeugerorganisation(en)</b>			
Festlegung Mindestanzahl der Erzeuger nach bereits anerkannten~, VO	08. 12.	15	495
<b>Festlegung</b>			
Mindestanzahl der Erzeuger nach bereits anerkannten Erzeugerorganisationen, VO	08. 12.	15	495
<b>Festlegung Finanzausgleichsmassen und Verbundquoten</b>			
in den Jahren 2001 und 2002, Gesetz	28. 12.	16	502
<b>Festlegung Planungsgebiet zur Sicherung der Planung</b>			
Bau 173 n (Gemarkung Grüna und Reichenbrand), Verlängerung Geltungsdauer, VO RP Chemnitz	31. 07.	10	353
Bau B 173 n (Gemarkung Gersdorf und Grüna), VO RP Chemnitz	12. 04.	5	160
Bau der B 180 n (Stollberg), Verlängerung Geltungsdauer, VO RP Chemnitz	29. 09.	13	439
Meißen I, Bau Ortsumgehung, Verlängerung Geltungsdauer, VO RP Dresden	26. 05.	7	235
Neubau Staatsstraße S 84 Niederwartha–Neusörnwitz, VO RP Dresden	20. 09.	12	428
Straßenbaumaßnahme B 172 in Heidenau, VO RP Dresden	14. 11.	14	458
<b>Festlegung Planungsgebietes</b>			
Dresden-Großluga, Verlängerung Geltungsdauer, VO RP Dresden	30. 06.	8	272
<b>Festsetzung von Zulassungszahlen</b>			
an den Universitäten und Fachhochschulen 2000/2001, VO	17. 07.	9	285
<b>Feuer-</b>			
wehr, Aufwandsentschädigung, VO	24. 02.	2	15
<b>Finanz-/finanzielle</b>			
ämter, Bezeichnung, Sitz und Zuständigkeit, VO	31. 08.	11	375
amts-Zuständigkeitsverordnung, ÄndVO	31. 03.	4	131
ausgleichsgesetz – FAG, Änd	28. 12.	16	521
ausgleichsmassen und Verbundquoten 2001 und 2002, Festlegung der, Gesetz	28. 12.	16	502
<b>fleisch- und geflügelfleischhygienerechtliche /r/s</b>			
Gesetz und Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz, Verwaltungskosten nach, VO	31. 03.	4	133
<b>Fördermittel(-)</b>			
datenbank, Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der, VO	14. 11.	14	442
<b>Freistaat Sachsen</b>			
in gerichtlichen Verfahren, Vertretungsverordnung	21. 01.	1	2
<b>Gebührenverordnung</b>			
für Benutzung von Einrichtungen Unterbringung von Flüchtlingen, VO	12. 04.	5	148
<b>gehobener nichttechnischer Dienst</b>			
in Sozialverwaltung und -versicherung, Ausbildung und Prüfung, VO	20. 09.	12	419
<b>Gemeinde-</b>			
finanzreformgesetz, Durchführung des, VO	12. 04.	5	149
<b>Gemeindegebietsreform</b>			
gesetz, Übertragung Zust. Erlass Rechtsnormen Durchführung des, VO	31. 03.	4	127
<b>Gemeinnützigkeit(s-)</b>			
aufsicht, Führung der und Anerkennung der ~ von Kleingartenvereinen, VO	28. 12.	16	534
<b>Gerichtsvollzieher</b>			
-Kosten-Verordnung, ÄndVO	21. 01.	1	7

-Kosten-Verordnung, ÄndVO	08. 12.	15	495
<b>Gesetz zum Staatsvertrag</b>			
Bildung gemeinsamen Einrichtung Abfallrückholung	31. 08.	11	361
Vergabe von Studienplätzen, Änd SächsHZG	30. 06.	8	238
<b>Gesetz(-)/gesetzliche</b>			
zur Änd aufwandsentschädigungs- und besoldungsrechtlicher Vorschriften	31. 08.	11	367
<b>Gewerbe-</b>			
aufsichtsämter, Sächsisches Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, ZustVO,	21. 01.	1	7
<b>Große Kreisstadt</b>			
Stadt Markkleeberg, Erklärung zur	29. 09.	13	438
Stadt Schwarzenberg, Erklärung zur	29. 09.	13	438
<b>Gründung(en)</b>			
Sachsen-Finanzverband, VO	29. 09.	13	437
<b>Haushalt(e/s-)</b>			
begleitgesetz 2001 und 2002	28. 12.	16	513
ordnung (Vorläufige) des Freistaates Sachsen, Änd	28. 12.	16	513
plan Freistaat Sachsen für die Haushaltsjahre 2001 und 2002, Gesetz	28. 12.	16	502
<b>Haushaltsgesetz</b>			
2001/2002	28. 12.	16	502
<b>Heilfürsorge (für)</b>			
Polizeibeamte, Landesbeamte Verfassungsschutz, feuerwehrtechnische Beamte, VO	26. 05.	7	216
<b>Hund(e/en)</b>			
Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen, Durchführungsverordnung	14. 11.	14	467
Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen, Gesetz	31. 08.	11	358
<b>Immissions-</b>			
schutz, ÄndVO zur Zuständigkeitsverordnung	17. 07.	9	296
<b>In-Kraft-Treten von</b>			
Abkommen Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik	31. 03.	4	132
Staatsverträgen (4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	02. 05.	6	165
Staatsverträgen (Vergabe von Studienplätzen)	31. 08.	11	394
<b>Jahr(es-)</b>			
inhaltsverzeichnis 1999	24. 03.	3	J 1
<b>Justiz-</b>			
gesetz, Sächsisches	08. 12.	15	482
zuständigkeitsverordnung, ÄndVO	20. 09.	12	411
zuständigkeitsverordnung, 2. ÄndVO	28. 12.	16	539
<b>Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung</b>			
9. ÄndVO	28. 12.	16	539
<b>Kleingartenverein(e)</b>			
Anerkennung der Gemeinnützigkeit, VO	28. 12.	16	534
<b>Kommission(en)</b>			
bei einer Lebendspende, Errichtung einer, VO	21. 01.	1	8
<b>Kommunal(-/e/en/er/es)</b>			
wahlgesetz, Änd Gesetz	12. 04.	5	147
wahlordnung, ÄndVO	26. 05.	7	222
<b>Kosten(-)</b>			
verzeichnis, 4. Sächsisches, VO	30. 12.	17	549
<b>Land(-)/Länd-</b>			
beschaffungsgesetz und Schutzbereichsgesetz, Zuständigkeiten nach dem, VO	21. 01.	1	1
<b>Landes-/landes-</b>			
beauftragtengesetz und Sächsisches Besoldungsgesetz, Änd Gesetz	12. 04.	5	146
jugendamt, Organisation und Verfahrensweise, VO	28. 12.	16	537
jugendbehörde, Bestimmung der obersten, VO	12. 04.	5	147
<b>Landschaftsschutzgebiet(e), Änderung</b>			
„Partheaue-Machern“, VO RP Leipzig 8.11.00	08. 12.	15	496



„Rabensteiner Wald-Pfaffenberg“, VO RP Chemnitz 11.7.00	31. 07.	10	353
<b>Landschaftsschutzgebiet(e), Änderung Abgrenzung</b>			
„Lauta-Hoyerswerda-Wittichenau“, VO RP Dresden 3.4.00	26. 05.	7	232
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 22.2.00	31. 03.	4	138
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 1.3.00	31. 03.	4	140
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 22.6.00	17. 07.	9	318
„Sächsische Schweiz“, VO RP Dresden 21.8.00	20. 09.	12	426
<b>Laufbahnverordnung</b>			
Sächsische (Neufassung)	20. 09.	12	398
Sächsische, ÄndVO	30. 06.	8	246
Sächsische, Bek der Neufassung 15.8.00	20. 09.	12	398
<b>Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz</b>			
Verwaltungskosten nach Fleisch-, Geflügelfleischhygienegesetz und ~, VO	31. 03.	4	133
<b>Lehramt/Lehrämter</b>			
an Schulen, Erste Staatsprüfung für, VO	02. 05.	6	166
<b>Marktstruktur-</b>			
gesetz, ÄndVO zur 22. Durchführungsverordnung zum	30. 06.	8	248
gesetz, ÄndVO zur 6. Durchführungsverordnung zum	30. 06.	8	248
<b>Maßnahmen bei/der/im/zur</b>			
Sicherung der öffentlichen Haushalte 2001 und 2002, Gesetz	28. 12.	16	513
<b>Mitglieder/stellv. Mitglieder</b>			
der Staatsregierung, Gesetz über die Rechtsverhältnisse der, Änd	26. 05.	7	214
der Staatsregierung, Gesetz über die Rechtsverhältnisse der, Neufassung	31. 07.	10	322
des Sächsischen Landtages, Gesetz über die Rechtsverhältnisse der, Änd	26. 05.	7	215
des Sächsischen Landtages, Gesetz über die Rechtsverhältnisse der, Neufassung	31. 07.	10	326
<b>mittlerer nichttechnischer Dienst</b>			
in der Sozialverwaltung, Ausbildungs- und Prüfungsverordnung	14. 11.	14	452
<b>Naturpark</b>			
„Dübener Heide“, Teilgebiet Sachsen, VO	28. 12.	16	542
<b>Naturschutzgebiet(e)</b>			
„Muldeau nördlich Eilenburg“, Änd einstweilige Sicherstellung	12. 04.	5	163
„Muldeau nördlich Eilenburg“, Verlängerung Geltungsdauer der einstweiligen Sicherstellung	12. 04.	5	163
<b>Neufassung Bekanntmachung</b>			
Abgeordnetengesetz	31. 07.	10	326
Sächsische Laufbahnverordnung	20. 09.	12	398
Sächsisches Ministergesetz	31. 07.	10	322
VO über die Vertretung des FS Sachsen in gerichtlichen Verfahren	21. 01.	1	2
Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz	17. 07.	9	301
<b>Neufassung Gesetz(e)</b>			
Abgeordnetengesetz	31. 07.	10	326
Sächsisches Ministergesetz	31. 07.	10	322
<b>Neufassung Verordnung</b>			
Sächsische Laufbahnverordnung	20. 09.	12	398
VO über die Vertretung des FS Sachsen in gerichtlichen Verfahren	21. 01.	1	2
Zuständigkeitsverordnung Immissionsschutz	17. 07.	9	301
<b>Ordnungsmaßnahme(n)</b>			
Zuständigkeiten bei, VO	20. 09.	12	419
<b>Organisation und Verfahrensweise</b>			
des Landesjugendamtes, VO	28. 12.	16	537
<b>Personenstandswesen</b>			
Ausführung personenstandsrechtlicher und eherechtlicher Vorschriften, VO	20. 09.	12	410
<b>Polizei(-)</b>			
vollzugsdienst, Ausbildungs- und Prüfungsverordnung	14. 11.	14	468
<b>Protokoll(e)</b>			
zur Änd des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen	24. 03.	3	107

<b>Prüfung(en/s-)</b>			
technischer Anlagen/Einrichtungen in baulichen Anlagen, VO	31. 03.	4	127
<b>Regelung</b>			
offener Vermögensfragen, Zusammenlegung von Ämtern zur, 3. VO	31. 03.	4	132
offener Vermögensfragen, Zusammenlegung von Ämtern zur, 4. VO	31. 07.	10	334
offener Vermögensfragen, Zusammenlegung von Ämtern zur, 5. VO	20. 09.	12	413
offener Vermögensfragen, Zusammenlegung von Ämtern zur, 6. VO	14. 11.	14	452
<b>Reisekostengesetz</b>			
ÄndVO zur VO zum Sächsischen	14. 11.	14	445
<b>Rundfunk(-)</b>			
rechtliche Staatsverträge, 4. Staatsvertrag zur Änd	24. 03.	3	93
rechtliche Staatsverträge, 5. Staatsvertrag zur Änd	28. 12.	16	529
rechtliche Staatsverträge, Gesetz zum 4. Staatsvertrag zur Änd	24. 03.	3	89
rechtliche Staatsverträge, Gesetz zum 5. Staatsvertrag zur Änd	28. 12.	16	526
<b>Sachsen</b>			
Finanzverband, Gründung des, VO	29. 09.	13	437
<b>Sächsische(r/s)</b>			
Gesetz zur Ausführung des Vermögensgesetzes	31. 08.	11	360
Justizgesetz	08. 12.	15	482
<b>Sächsisches Landesamt für Mess- und Eichwesen</b>			
und Eichämter, Sitz und örtliche Zuständigkeit, VO	21. 01.	1	8
<b>Sächsisches Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin</b>			
und Gewerbeaufsichtsämter, Sitz und örtliche Zuständigkeit, VO	21. 01.	1	7
<b>Schiedsstelle(n)</b>			
gemäß § 94 Abs. 4 BSHG, VO	14. 11.	14	443
<b>Schul-/Schulen</b>			
ordnung Berufsfachschule, ÄndVO	20. 09.	12	414
ordnung Gymnasien, ÄndVO	20. 09.	12	415
ordnungen: Grundschule, Förderschulen, Mittelschulen, ÄndVO	20. 09.	12	417
<b>Schutz(-)</b>			
bereichsgesetz und dem Landesbeschaffungsgesetz, Zuständigkeiten nach dem ~, VO	21. 01.	1	1
Bevölkerung vor gefährlichen Hunden, Gesetz	31. 08.	11	358
der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden, Durchführungsverordnung zum Gesetz	14. 11.	14	467
des dem Rohwasserstollen zuziehenden Grundwassers, zwischen Talsperren Saldenbach und Einsiedel	24. 02.	2	20
<b>Sparkassen(-)</b>			
und Giroverband, Gesetz Änd Staatsvertrag	28. 12.	16	534
und Giroverband, Staatsvertrag Änd Staatsvertrag	28. 12.	16	535
<b>Staatlich(e/r/s)</b>			
geprüfte Lebensmittelchemiker, Ausbildungs- und Prüfungsverordnung	31. 07.	10	335
<b>Staats(-)/staats-</b>			
prüfung für Lehrämter an Schulen, VO	02. 05.	6	166
<b>Staatsstraße(n)</b>			
S 84 Niederwartha–Neusörnewitz, Neubau, Festlegung Planungsgebiete, VO RP Dresden	20. 09.	12	428
<b>Staatsvertrag/Staatsverträge</b>			
(4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag), In-Kraft-Treten, Bek 4.4.00	02. 05.	6	165
(Vergabe von Studienplätzen), In-Kraft-Treten, Bek 10.8.00	31. 08.	11	394
Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge, 4.	24. 03.	3	93
Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge, 5.	28. 12.	16	529
Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge, Gesetz zum 4.	24. 03.	3	89
Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge, Gesetz zum 5.	28. 12.	16	526
Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach Abfallverbringungsgesetz	31. 08.	11	362
über die Vergabe von Studienplätzen	30. 06.	8	238
<b>Statistik</b>			
Sächsische Studentendatenverordnung	31. 08.	11	390
<b>Steuerberatung(s-)</b>			
gesetz, Zuständigkeiten und Befugnisse nach dem, VO	31. 08.	11	367

<b>Straßenbau(-)</b>			
maßnahme in Heidenau, Festlegung Planungsgebiet zur Sicherung der Planung, VO RP Dresden	14. 11.	14	458
<b>Studien-</b>			
plätze, Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von, Änd SächsHZG	30. 06.	8	238
plätze, Staatsvertrag über die Vergabe von	30. 06.	8	238
plätze, Vergabe von, VO	17. 07.	9	274
<b>Talsperre(n)</b>			
Saidenbach und Einsiedel, Schutz des dem Rohwasserstollen zusitzenden Grundwassers zwischen	24. 02.	2	20
<b>Tier-</b>			
seucherecht, Änd der Zuständigkeitsverordnung	31. 03.	4	137
<b>Trinkwasser(-)</b>			
gewinnungsverordnung, ÄndVO	17. 07.	9	295
<b>Übertragung der/von</b>			
Ermächtigungen nach dem Bundesberggesetz, VO	28. 12.	16	537
Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Börsenrechts, VO	20. 09.	12	398
<b>Übertragung der/von Zuständigkeit(en) (nach dem)</b>			
zum Erlass von Rechtsverordnungen Durchführung Gemeindefinanzreformgesetz, VO	31. 03.	4	127
<b>Unterbringung (und/von)</b>			
Flüchtlingen, Gebührenverordnung für Benutzung von Einrichtungen für, VO	12. 04.	5	148
<b>Verarbeitung personenbezogener Daten</b>			
in der Landeseinheitlichen Fördermitteldatenbank, VO	14. 11.	14	442
Studienbewerber, Studenten und Prüfungskandidaten, VO	31. 08.	11	390
<b>Verbundquoten</b>			
2001 und 2002, Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der, Gesetz	28. 12.	16	502
<b>Verfahren/verfahrens-</b>			
der Zulassung privater Kontrollstellen nach Lebensmittelspezialitäten- und Markengesetz, VO	28. 12.	16	540
<b>Vergabe</b>			
von Studienplätzen, VO	17. 07.	9	274
<b>Vergütung</b>			
in der Sozialhilfe, Schiedsstelle für, VO	14. 11.	14	443
<b>Verlängerung der Geltungsdauer der einstweiligen Sicherstellung</b>			
NSG „Muldeau nördlich Eilenburg“, VO RP Leipzig 22.3.00	12. 04.	5	163
<b>Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung</b>			
Festlegung Plangebiet Sicherung Planung Bau 173 n (Gemarkung Grüna und Reichenbrand)	31. 07.	10	353
Festlegung Planung Bau der B 180 n (Stollberg)	29. 09.	13	439
Festlegung Planungsgebiet Dresden-Großluga	30. 06.	8	272
Festlegung Planungsgebiet Meißen I zur Sicherung Planung Bau Ortsumgebung	26. 05.	7	235
<b>Vertretung</b>			
FS Sachsen in gerichtlichen Verfahren, VO	21. 01.	1	2
<b>Verwaltungs-/verwaltungs-/Verwaltung</b>			
dienst, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für gehobenen allgemeinen	31. 08.	11	368
gebühren und Auslagen, Festsetzung der, 4. VO	30. 12.	17	549
kosten amtliche Untersuchungen nach Fleisch-, Geflügelfleischhygienegesetz, VO	31. 03.	4	133
<b>Verwaltungsfachangestellte(r)</b>			
Fachrichtung Landes- und Kommunalverwaltung, Berufsausbildung zum/zur, VO	21. 01.	1	5
<b>Vollzug der/des</b>			
Gefahrstoffrechts, Abkommen Änd Abkommen	31. 08.	11	364
Gefahrstoffrechts, Gesetz Abkommen Änd Abkommen	31. 08.	11	364
Gefahrstoffrechts, In-Kraft-Treten Abkommen Akkreditierungsstelle der Länder	31. 03.	4	132
<b>Wahl(-/en)</b>			
Vertreter Beschäftigte in Verwaltungsräten Sparkassen, ÄndVO	28. 12.	16	540
<b>Wasser(-)/wasser-</b>			
gefährdende Stoffe, Anlagen zum Umgang mit, VO	26. 05.	7	223
recht und Wasserwirtschaft, Zuständigkeiten auf dem Gebiet, VO	24. 02.	2	16

<b>Weingesetz</b>			
Durchführung des, VO	17. 07.	9	291
<b>Zulassung privater Kontrollstellen</b>			
nach dem Lebensmittelpezialitätengesetz und nach dem Markengesetz, VO	28. 12.	16	540
<b>Zulassung(s-)</b>			
zahlen an den Universitäten und Fachhochschulen 2000/2001, Festsetzung von, VO	17. 07.	9	285
<b>Zusammenlegung von Ämtern</b>			
zur Regelung offener Vermögensfragen, 3. VO	31. 03.	4	132
zur Regelung offener Vermögensfragen, 4. VO	31. 07.	10	334
zur Regelung offener Vermögensfragen, 5. VO	20. 09.	12	413
zur Regelung offener Vermögensfragen, 6. VO	14. 11.	14	452
<b>Zuständigkeit(en/s-)</b>			
auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft, VO	24. 02.	2	16
bei Ordnungsmaßnahmen, VO	20. 09.	12	419
Bereich Land- /Forstwirtschaft sowie Ernährung, Bezeichnung, Sitz und Dienstbezirk, VO	30. 06.	8	259
der Großen Kreisstadt Delitzsch, Änderung, VO RP Leipzig	31. 07.	10	356
des Sächsischen Landesamt für Mess- und Eichwesen, Eichämter, VO	21. 01.	1	8
Durchführung abfall- und bodenschutzrechtlicher Vorschriften, VO	31. 08.	11	392
für Berufsbildung im öffentlichen Dienst, VO	24. 02.	2	14
Große Kreisstadt Pirna als untere Bauaufsichtsbehörde, Bek RP Dresden	31. 08.	11	395
nach § 10 Abs. 1 des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes, VO	12. 04.	5	147
nach § 27 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, VO	12. 04.	5	147
nach dem Schutzbereichgesetz und dem Landesbeschaffungsgesetz, VO	21. 01.	1	1
nach Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, VO Änd VO	31. 08.	11	394
Sächs. Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Gewerbeaufsichtsämter, VO	21. 01.	1	7
Stadt Auerbach als untere Bauaufsichtsbehörde, Bek RP Chemnitz	02. 05.	6	209
Stadt Borna als untere Bauaufsichtsbehörde, Änd, Bek RP Leipzig	02. 05.	6	210
Stadt Crimmitschau als untere Bauaufsichtsbehörde, Bek RP Chemnitz	17. 07.	9	318
Stadt Limbach-Oberfrohna als untere Bauaufsichtsbehörde, Bek RP Chemnitz	02. 05.	6	209
Stadt Reichenbach als untere Bauaufsichtsbehörde, Bek RP Chemnitz	14. 11.	14	457
und Befugnisse nach dem Steuerberatungsgesetz, VO	31. 08.	11	367
verordnung Immissionsschutz, ÄndVO	17. 07.	9	296
zur Ausführung BImSchG, Benzinbleigesetz, VO	17. 07.	9	302
zur Ausführung chemikalienrechtlicher Vorschriften, VO	30. 06.	8	249

Rechtsaufsicht über die Auseinandersetzung für den Übergang von Bediensteten der Landkreise auf die betroffenen Kreisfreien Städte Ausgleichszahlungen an die Personal abgebenden Landkreise für das zur Übernahme vereinbarte oder von der Rechtsaufsicht bestimmte Personal. Der nach Satz 1 zu zahlende Ausgleichsbetrag berechnet sich aus den durchschnittlichen Personalausgaben des Landkreises je Beschäftigtem im vorangegangenen Haushaltsjahr, vervielfältigt mit 29/10 000 der Einwohnerzahl der Gemeinden oder Gemeindeteile, die vom Gebietswechsel in die jeweilige Kreisfreie Stadt betroffen sind. Bis zum Wirksamwerden der Auseinandersetzungsvereinbarungen oder der Entscheidungen der Rechtsaufsicht über die Auseinandersetzung haben die Kreisfreien Städte monatliche Abschlagszahlungen in Höhe von einem Zwölftel der nach Satz 2 berechneten durchschnittlichen Personalausgaben des Landkreises je Beschäftigtem im vorangegangenen Haushaltsjahr an die Personal abgebenden Landkreise zu leisten. Die Sätze 1 bis 3 gelten sinngemäß auch im Verhältnis zwischen Landkreisen, sofern zwischen diesen Gemeinden oder Gemeindeteile umgegliedert werden.

### **Neunter Abschnitt**

#### **Schuldendienst für kommunale Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen**

##### **§ 30**

#### **Schuldendienst für kommunale Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen**

- (1) Der Beitrag des Freistaates Sachsen zu den Zins- und Tilgungsleistungen nach § 3 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Regelung der Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen (Altschuldenregelungsgesetz – ARG) vom 6. März 1997 (BGBl. I S. 434) in der jeweils geltenden Fassung, wird zu gleichen Teilen aus Mitteln des Staatshaushaltes und aus der Finanzausgleichsmasse in Höhe von jeweils 17 468 028 DM geleistet.
- (2) Die Beiträge nach Absatz 1 erhöhen oder ermäßigen sich zu gleichen Teilen um den Betrag, der sich für den Freistaat Sachsen als Differenz zwischen der Anrechnung nach § 3 Abs. 2 ARG und der jährlich tatsächlich erfolgten Anrechnung ergibt.
- (3) Mit der Leistung des Beitrages nach den Absätzen 1 und 2 werden die Gemeinden und Landkreise vom Schuldendienst für kommunale Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen freigestellt.

### **Zehnter Abschnitt**

#### **Gemeinsame Vorschriften, Verfahren und In-Kraft-Treten**

##### **§ 31**

#### **Einwohnerzahl**

Als Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt die vom Statistischen Landesamt aufgrund einer allgemeinen Zählung der Bevölkerung oder deren Fortschreibung ermittelte Bevölkerungszahl. Maßgeblicher Stichtag für die Feststellung ist der 31. Dezember des vorvergangenen Jahres, umgerechnet auf den Gebietsstand vom 1. Januar des Ausgleichsjahres, sofern nicht in diesem Gesetz ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

##### **§ 32**

#### **Berechnung, Festsetzung und Auszahlung**

- (1) Die auf die kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städte und Landkreise entfallenden Zuweisungen nach diesem Gesetz werden mit Ausnahme der Zuweisungen nach § 22 Nr. 1 bis 5 und 7 sowie nach §§ 23 und 24 vom Statistischen Landesamt berechnet. Auf der Grundlage der Berechnung des Statistischen Landesamtes setzen die Regierungspräsidien die Zuweisungen nach Satz 1 für die kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städte und Landkreise fest. Bedarfzuweisungen nach § 22 Nr. 1

bis 6 werden von den Regierungspräsidien bewilligt. Die Bewilligung von Bedarfzuweisungen nach § 22 Nr. 1, 2, 4, 5 und 7 bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen. Das Staatsministerium der Finanzen kann durch Verwaltungsvorschrift das Verfahren regeln und auf die Zustimmungsbedürftigkeit nach Satz 4 ganz oder teilweise verzichten. § 35 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 bleibt unberührt.

(2) Ein Festsetzungsbescheid über Zuweisungen nach § 5, § 15 Abs. 1 Satz 1, § 16 Abs. 1 und § 17 Abs. 1 Nr. 1, der wegen unrichtiger Bemessungsgrundlagen oder aus anderen Gründen fehlerhaft ist, kann auf Antrag oder von Amts wegen berichtigt werden, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist. Eine Berichtigung ist nur bis zum vorangegangenen Ausgleichsjahr einschließlich möglich, es sei denn, dass unrichtige Angaben zu höheren Leistungen geführt haben. Auf eine Berichtigung kann verzichtet werden, wenn die Fehlerhaftigkeit des Festsetzungsbescheides von der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft durch fehlende, nicht rechtzeitige oder falsche Angaben zu vertreten ist und dies zu niedrigeren Leistungen für diese Gebietskörperschaft geführt hat. Bei der Berichtigung bleiben der festgestellte Grundbetrag nach § 7 Abs. 5 und die landesdurchschnittlichen Hebesätze nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 und 2 unverändert. Stellen sich Unrichtigkeiten heraus, ist ein Ausgleich für das Entstehungsjahr im Folgejahr im Rahmen der für die betroffene kommunale Gebietskörperschaftsgruppe nach § 4 ermittelten Schlüsselmasse vorzunehmen. Von einem Ausgleich soll abgesehen werden, wenn er zu einer Änderung der Zuweisungen bei kreisangehörigen Gemeinden von nicht mehr als 5 000 DM, bei Landkreisen von nicht mehr als 10 000 DM und bei den Kreisfreien Städten von nicht mehr als 20 000 DM führen würde.

(3) Die Zuweisungen nach § 5 und § 16 Abs. 2 werden am Achten eines jeden Monats mit einem Zwölftel des Gesamtbetrages ausgezahlt. Die Zuweisungen nach den §§ 18 bis 21 werden vierteljährlich am Fünfzehnten des zweiten Monats zu je einem Viertel des Gesamtbetrages ausgezahlt.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen wird für den Fall, dass der Haushaltsplan des Freistaates Sachsen zum Beginn des Ausgleichsjahres noch nicht beschlossen ist, ermächtigt, Abschlagszahlungen im Hinblick auf die Finanzausgleichsmasse des Ausgleichsjahres in der Höhe zu leisten, in der im Haushalt des vergangenen Jahres Finanzausgleichsmasse nach diesem Gesetz erfolgten. Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, bis zu dem Zeitpunkt der vorläufigen oder der endgültigen Festsetzung nach § 32 Abs. 1 Abschlagszahlungen auf Zuweisungen nach § 5, § 16 Abs. 2 und § 17 Abs. 1 Nr. 1 im Hinblick auf die Finanzausgleichsmasse des Ausgleichsjahres auf der Grundlage der zum 1. Januar des Ausgleichsjahres vom Statistischen Landesamt ermittelten voraussichtlichen Bemessungsgrundlagen für das Ausgleichsjahr zu leisten. Die Abschlagszahlungen nach Satz 2 werden mit der Festsetzung der Zuweisungen verrechnet.

(5) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Zuweisungen nach diesem Gesetz um den Betrag solcher fälliger Forderungen zu kürzen, auf die der Freistaat Sachsen nach den geltenden Bestimmungen einen Anspruch hat.

(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, auf Antrag von Zweckverbänden der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Zuweisungen an die Mitglieder dieser Zweckverbände um den Betrag rechtskräftig festgestellter oder bestandskräftiger Forderungen, die fällig sind, zu kürzen und den beantragenden Zweckverbänden zuzuweisen. Soweit es sich dabei um die Sanierung eines Zweckverbandes handelt, erfolgt die Kürzung auf der Grundlage eines von dem zuständigen Regierungspräsidium genehmigten Sanierungskonzeptes. Vor Anordnung einer Kürzung ist der Beirat nach § 35 zu hören.

(7) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die sich aus Schulträgerwechsel mit Wirkung zum 1. Januar des

Ausgleichsjahres ergebenden Veränderungen der Schlüsselmassen nach § 4 Abs. 1 vorzunehmen.

(8) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Benehmen mit dem Staatsministerium des Innern und nach Anhörung des Beirates für kommunalen Finanzausgleich nach § 35 die sich für das Ausgleichsjahr ergebenden Schlüsselmassen nach § 4 Abs. 1 nach den Bestimmungen dieses Gesetzes festzusetzen.

### § 33

#### Durchführungsvorschriften

Das Staatsministerium der Finanzen erlässt die für die Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften im Benehmen mit dem Staatsministerium des Innern und nach Anhörung des Beirates nach § 35.

### § 34

#### Mitwirkungspflichten

(1) Die kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städte und Landkreise sind verpflichtet, bei Vorbereitung und Vollzug des Finanzausgleichs auf Anforderung durch das Staatsministerium der Finanzen oder beauftragte nachgeordnete Behörden mitzuwirken und insbesondere die notwendigen Auskünfte zeitgerecht und mit der gebotenen Sorgfalt bereitzustellen.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen ist ermächtigt, Zahlungen nach diesem Gesetz für einzelne kreisangehörige Gemeinden, Kreisfreie Städte und Landkreise nach erfolgter Mahnung so lange auszusetzen, bis die Mitwirkungspflichten nach Absatz 1 ordnungsgemäß erfüllt werden.

### § 35

#### Beirat

(1) Beim Staatsministerium der Finanzen wird ein Beirat für den kommunalen Finanzausgleich eingerichtet. Ihm gehören an:

1. zwei Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen, davon einer als Vorsitzender,
2. zwei Vertreter des Staatsministeriums des Innern,
3. zwei vom Staatsministerium der Finanzen auf Vorschlag der kommunalen Landesverbände berufene Vertreter der Landkreise und
4. drei vom Staatsministerium der Finanzen auf Vorschlag der kommunalen Landesverbände berufene Vertreter der Gemeinden, darunter je ein Vertreter des kreisangehörigen und des kreisfreien Raumes.

Der Beirat für den kommunalen Finanzausgleich gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Der Beirat berät das Staatsministerium der Finanzen in Fragen der Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs, zum Anpassungsbedarf nach Absatz 3 und bei der Entwicklung von Grundsätzen bei der Vergabe von Bedarfszuweisungen. Er ist zu hören bei:

1. die kommunale Ebene betreffenden finanzwirksamen Verwaltungsvorschriften der Staatsministerien von erheblicher Bedeutung und
  2. vor Entscheidungen über Bedarfszuweisungen (§ 22) bei einer Antragshöhe von mehr als 1 000 000 DM.
- (3) Der Beirat prüft im Abstand von vier Jahren den Anpassungsbedarf
1. bei dem Finanzverteilungsverhältnis gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2;
  2. bei dem Finanzkraftverhältnis gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1;
  3. bei den Ausgleichsbeträgen nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 3.
- (4) Der Beirat erhält, insbesondere zur Finanzierung von Beratungsleistungen durch Dritte, nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. e 150 000 DM aus der Finanzausgleichsmasse.

### § 36

#### Verjährung

(1) Alle Ansprüche der kreisangehörigen Gemeinden, Kreisfreien Städte und Landkreise gegenüber dem Freistaat Sachsen nach diesem Gesetz und den vorangegangenen Finanzausgleichsgesetzen verjähren in drei Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf des Ausgleichsjahres, in dem der Anspruch entstanden ist. Der Anspruch entsteht in dem Ausgleichsjahr, für das Leistungen nach diesem Gesetz zu erbringen sind. Im Übrigen gelten für die Verjährung von Ansprüchen nach diesem Gesetz die allgemeinen Vorschriften.

(2) Ein Anspruch gegen das Land auf Zinsen für nachzuleistende Beträge besteht nicht.

### § 37

#### In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2001 in Kraft.

**Anlage**  
(zu § 7)

#### Übersicht über die Vomhundertsätze (Gewichtungsfaktoren) nach Einwohnern der kreisangehörigen Gemeinden gemäß § 7 Abs. 3

Einwohner	Vomhundertsatz (Gewichtungsfaktor)
bis 1 500	100
4 000	112
7 500	122
12 500	131
17 500	138
25 000	140
40 000	150
55 000	160

**Verordnung  
der Sächsischen Staatsregierung  
über die zuständigen Stellen  
nach dem Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses  
(Heizkostenzuständigkeitsverordnung)  
Vom 15. Januar 2001**

Auf Grund von § 4 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses vom 20. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1846) wird verordnet:

**§ 1**

Die nach Landesrecht zuständigen Stellen im Sinne von § 4 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses sind in den Fällen des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Gesetzes, soweit nicht die Zuständigkeit bereits in § 4 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bestimmt ist,

1. die Landkreise und Kreisfreien Städte,
2. die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, wenn sie zur Durchführung von Aufgaben der Sozialhilfe auf Grund von § 4 Abs. 1 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz (SächsAGBSHG) vom 6. August 1991 (SächsGVBl. S. 301), das zuletzt durch Gesetz vom 12. Dezember 1997

(SächsGVBl. S. 673) geändert worden ist, herangezogen sind.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft.

Dresden, den 15. Januar 2001

**Der Ministerpräsident  
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf**

**Der Staatsminister des Innern  
Klaus Hardraht**

**Der Staatsminister für Soziales,  
Gesundheit, Jugend und Familie  
Dr. Hans Geisler**

**Verordnung  
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern  
über Zuständigkeiten nach dem Schornsteinfegergesetz  
und der Verordnung über das Schornsteinfegerwesen  
(SächsSchfZuVO)  
Vom 20. Dezember 2000**

Es wird verordnet aufgrund von

1. § 52 des Gesetzes über das Schornsteinfegerwesen (Schornsteinfegergesetz – SchfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 1998 (BGBl. I S. 2071), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2000 geändert worden ist, und
2. § 1 Abs. 1 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen nach dem Schornsteinfegergesetz vom 9. April 1991 (SächsGVBl. S. 59):

**§ 1**

Die Regierungspräsidien sind für Maßnahmen nach dem Schornsteinfegergesetz und der Verordnung über das Schornsteinfegerwesen vom 19. Dezember 1969 (BGBl. I S. 2363), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. September 2000 (BGBl. I S. 1388), zuständig, soweit die §§ 2 und 3 dieser Verordnung oder sonstige Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmen.

In die Zuständigkeit der Regierungspräsidien fallen insbesondere:

1. nach dem Schornsteinfegergesetz
  - a) die Einrichtung, Änderung und Besetzung der Kehrbezirke (§ 2 Abs. 1),
  - b) die Bestellung von Bezirksschornsteinfegermeistern (§ 3 Abs. 1),
  - c) die Führung der Bewerberliste (§ 4 Abs. 1),
  - d) die Bestellung sowie die Aufhebung der Bestellung der Bezirksschornsteinfegermeister auf Probe (§ 7 Abs. 1),

- e) die Rücknahme, der Widerruf und die Aufhebung der Bestellung der Bezirksschornsteinfegermeister (§ 11),
- f) die Zulassung von Nebenarbeiten der Bezirksschornsteinfegermeister (§ 14 Abs. 3),
- g) die Bestellung eines Stellvertreters (§ 20 Abs. 1 Satz 2, § 28 Satz 3),
- h) die Nachprüfung und Änderung der Kehrbezirkseinteilung (§ 23 Abs. 1),
- i) die einstweilige Untersagung der Berufsausübung (§ 28 Satz 1).
2. nach der Verordnung über das Schornsteinfegerwesen
  - a) die Anerkennung einer Meisterprüfung, die außerhalb des Geltungsbereiches der Verordnung abgelegt worden ist (§ 1 Nr. 1),
  - b) die Zulassung von Ausnahmen zur Vermeidung besonderer Härten (§ 1 Nr. 4),
  - c) die Abkürzung der Wartezeit (§ 4 Abs. 4),
  - d) der Ausgleich der Bewerberliste bei Überalterung (§ 6),
  - e) die Bestellung von nur aufsichtsfähigen Bewerbern (§ 8 Abs. 1),
  - f) die Befreiung von der praktischen Berufstätigkeit (§ 9 Abs. 1),
  - g) die Zurückstellung eines Bewerbers (§ 10 Abs. 1),
  - h) die Änderung des Rangstichtages (§ 11 Abs. 2 und 4),
  - i) die Führung des besonderen Verzeichnisses (§ 12 Abs. 2),
  - j) die Zulassung von Ausnahmen bei der Bewerbung um einen anderen Kehrbezirk (§ 12 Abs. 3),
  - k) die Bestellung eines Stellvertreters (§ 19 Abs. 1 Satz 2).

**§ 2**

Die Landratsämter und Kreisfreien Städte sind zuständig

1. nach dem Schornsteinfegergesetz für
  - a) die zwangsweise Durchsetzung einer verweigerten Kehrung oder Überprüfung aufgrund eines vollziehbaren Verwaltungsaktes (§ 1 Abs. 3),
  - b) die Versetzung der Bezirksschornsteinfegermeister in den Ruhestand (§ 10 Abs. 1),
  - c) die Anforderung eines amtsärztlichen Gutachtens (§ 10 Abs. 2),
  - d) die Anordnung von Arbeiten außerhalb des Kehrbezirkes in Notfällen (§ 12 Abs. 2 Satz 2),
  - e) die Entgegennahme der Meldung von Mängeln (§ 13 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b),
  - f) die Verpflichtung zur Einstellung eines zweiten Gesellen (§ 15 Abs. 2),
  - g) die Erteilung eines Leistungsbescheides und gegebenenfalls Beitreibung rückständiger Umlagen zur Lehrlingskostenausgleichskasse (§ 16 Abs. 2),
  - h) die Entgegennahme der Mitteilung eines Wohnungswechsels (§ 17),
  - i) die Erteilung des Leistungsbescheides und gegebenenfalls Beitreibung rückständiger Gebühren und Auslagen (§ 25 Abs. 4 Satz 4),
  - j) die Aufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister und die Überprüfung der Kehrbezirke (§ 26),
  - k) die Verhängung von Aufsichtsmaßnahmen (§ 27 Abs. 1).
2. nach der Verordnung über das Schornsteinfegerwesen für
  - a) die Begutachtung von Kehrbezirken während der Probezeit (§ 13 Abs. 2),

- b) die Überprüfung der Kehrbücher und des Verzeichnisses der Nebenarbeiten sowie der sonstigen für die Verwaltung des Kehrbezirks erforderlichen Unterlagen (§ 18),
- c) die Entgegennahme der Meldung eines Vertreters (§ 19 Abs. 1 Satz 1).

**§ 3**

Liegt ein Kehrbezirk im Bereich mehrerer Regierungsbezirke oder Landkreise oder Kreisfreier Städte, bestimmt die nächsthöhere gemeinsame Behörde die zuständige Behörde.

**§ 4**

Die Gemeinden sind zuständig für die Aufforderung an den Bezirksschornsteinfegermeister zur Hilfeleistung bei der Brandbekämpfung nach § 13 Abs. 1 Nr. 7 SchfG.

**§ 5**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über Zuständigkeiten nach dem Schornsteinfegergesetz (ZustVO-SchfG) vom 10. Dezember 1991 (SächsGVBl. 1992 S. 18) außer Kraft.

Dresden, den 20. Dezember 2000

**Der Staatsminister des Innern**  
**Klaus Hardraht**

**Verordnung**  
**des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz**  
**über den Nachweis der fachlichen Eignung von Dolmetschern und Übersetzern**  
**(Sächsische Dolmetscherverordnung – SächsDolmVO)**  
**Vom 12. Dezember 2000**

Auf Grund von § 4 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über die öffentliche Bestellung und allgemeine Beeidigung von Dolmetschern und Übersetzern (Sächsisches Dolmetschergesetz – SächsDolmG) vom 16. Juni 1994 (SächsGVBl. S. 1105), das durch Artikel 8 des Gesetzes vom 10. Dezember 1998 (SächsGVBl. S. 662, 663) geändert worden ist, wird im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Kultus verordnet:

**§ 1**

(1) Der Nachweis der fachlichen Eignung für die öffentliche Bestellung als Dolmetscher oder Übersetzer nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 SächsDolmG ist geführt durch

1. ein in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet oder in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) erworbenes Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss des Studiums als Diplom-Dolmetscher oder Diplom-Sprachmittler an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule oder als Diplom-Dolmetscher (FH) an einer Fachhochschule,
2. ein in dem in Nummer 1 genannten Gebiet erworbenes Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss der Erweiterungsprüfung als Sprachmittler für Deutsch auf der Grundlage einer ausländischen Basissprache in Verbindung mit dem erfolgreichen Abschluss als Diplom-Germanist,
3. ein an der Fachschulabteilung der Universität Leipzig erworbenes Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss als Sprachmittler oder

4. ein außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes oder ein in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet erworbenes Zeugnis über einen Ausbildungsabschluss, sofern das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst diesen Abschluss als gleichwertig mit den Abschlüssen nach den Nummern 1 bis 3 anerkennt.

(2) Der Nachweis der fachlichen Eignung für die öffentliche Bestellung als Übersetzer nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 SächsDolmG ist auch geführt durch

1. ein in dem in Absatz 1 Nr. 1 genannten Gebiet erworbenes Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss des Studiums als Diplom-Übersetzer, Diplom-Fachübersetzer, Diplom-Technikübersetzer oder Akademisch geprüfter Übersetzer an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule oder als Diplom-Technikübersetzer (FH) oder Diplom-Übersetzer (FH) an einer Fachhochschule,
2. ein an der Fachschulabteilung der Universität Leipzig erworbenes Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss als Staatlich geprüfter Übersetzer oder
3. ein außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes oder ein in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet erworbenes Zeugnis über einen Ausbildungsabschluss, sofern das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst diesen Abschluss als gleichwertig mit den Abschlüssen nach den Nummern 1 und 2 anerkennt.

(3) Der Nachweis der fachlichen Eignung in sonstiger Weise (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 SächsDolmG) bleibt unberührt.



**§ 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über den Nachweis der fachlichen Eignung von Dolmetschern und Übersetzern (Sächsische Dolmetscherverordnung – SächsDolmVO) vom 13. September 1994 (SächsGVBl. S. 1569) außer Kraft.

Dresden, den 12. Dezember 2000

**Der Staatsminister der Justiz**  
**Manfred Kolbe**

**Verordnung**  
**des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen**  
**zur Änderung der Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung**  
**Vom 9. Januar 2001**

Es wird verordnet auf Grund von

1. § 19 Abs. 5 Satz 1, § 387 Abs. 2 Satz 1 und 2, § 409 Satz 2 der Abgabenordnung (AO 1977) vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613, 1977 I S. 269), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Oktober 2000 (BGBl. I S. 1433, 1460) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Übertragung von Zuständigkeiten der Sächsischen Staatsregierung zum Erlaß von Verordnungen im Bereich der Finanzverwaltung auf das Sächsische Staatsministerium der Finanzen (Zuständigkeitsübertragungsverordnung Finanzverwaltung – ZustÜVFv) vom 17. Dezember 1993 (SächsGVBl. S. 1281);
2. § 2 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1, § 17 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Finanzverwaltung (Finanzverwaltungsgesetz – FVG) vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426, 1427), das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2601, 2621) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 2 ZustÜVFv;
3. § 15 Abs. 2 Satz 1 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes 1994 (KraftStG 1994) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 1994 (BGBl. I S. 1102), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 22. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2601, 2621) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 3 ZustÜVFv;

**Artikel 1**

Die Anlage zu § 1 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Bezeichnung, Sitz, Bezirk und Zuständigkeit der Finanzämter (Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung – FAZustVO) vom 18. Juli 2000 (SächsGVBl. S. 375), wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt I wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 8 Buchst. a Spalte 4 wird bei den zum Finanzamt Bautzen gehörenden Worten das Wort „Zittau“ gestrichen.
  - b) In Nummer 8 Buchst. b Spalte 4 wird bei den zum Finanzamt Bautzen gehörenden Worten das Wort „Zittau“ gestrichen.

- c) Der Nummer 8 wird in Spalte 2 folgender Buchstabe f angefügt:  
„f) Versicherungsteuer Dresden II Freistaat Sachsen“.
- d) In Nummer 9 Spalte 4 wird bei den zum Finanzamt Bautzen gehörenden Worten das Wort „Zittau“ gestrichen.

2. Abschnitt II wird wie folgt geändert:

- a) In Spalte 2 werden die zum Finanzamt Löbau gehörenden Angaben einschließlich der Worte „Vom Landkreis Löbau-Zittau“ bis einschließlich des Wortes „Strahwalde“ insgesamt durch die Worte „Landkreis Löbau-Zittau“ ersetzt.
- b) In Spalte 2 wird bei den zum Finanzamt Mittweida gehörenden Angaben das Wort „Auerswalde“ gestrichen. Nach dem Wort „Langensteinbach“ wird das Wort „Lichtenau“ eingefügt.
- c) In Spalte 1 wird das Wort „Zittau“ und in Spalte 2 werden die zum Finanzamt Zittau gehörenden Angaben insgesamt gestrichen.

3. Abschnitt III wird wie folgt geändert:

- a) In Spalte 1 wird nach dem Wort „Bautzen“ das Wort „Borna“ eingefügt. In Spalte 2 werden nach den Worten „Landkreis Bautzen“ die Worte „Landkreis Leipziger Land“ eingefügt.
- b) In Spalte 1 wird die Angabe „Leipzig I“ durch die Angabe „Leipzig III“ ersetzt. In Spalte 2 werden die Worte „und Landkreis Leipziger Land“ gestrichen.

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2001 in Kraft.

Dresden, den 9. Januar 2001

**Der Staatsminister der Finanzen**  
**Prof. Dr. Georg Milbradt**

**Verordnung**  
**des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit**  
**über energierechtliche Zuständigkeiten**  
**Vom 8. Dezember 2000**

Aufgrund von § 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Übertragung von Zuständigkeiten auf nachgeordnete Behörden im Freistaat Sachsen (SächsZuÜbG) vom 17. Januar 1994 (SächsGVBl. S. 89) wird verordnet:

**§ 1**

**Energiewirtschaftsgesetz**

(1) Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit ist zuständig für

1. den Vollzug des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) vom 24. April 1998 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. März 2000 (BGBl. I S. 305, 308), in der jeweils geltenden Fassung und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften, soweit gesetzlich oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist,
2. den Vollzug folgender auf der Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 752-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2750), erlassener Verordnungen:
  - a) Verordnung über Gashochdruckleitungen vom 17. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3591), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 12. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1914, 1916), in der jeweils geltenden Fassung, soweit es sich um der öffentlichen Versorgung dienende Gashochdruckleitungen im Sinne von § 1 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über Gashochdruckleitungen handelt,
  - b) Bundestarifordnung Elektrizität (BTOElt) vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2255), geändert durch Gesetz vom 25. September 1990 (BGBl. I S. 2106),
  - c) Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (Konzessionsabgabenverordnung – KAV) vom 9. Januar 1992 (BGBl. I S. 12, 407), geändert durch Verordnung vom 22. Juli 1999 (BGBl. I S. 1669), in der jeweils geltenden Fassung,
  - d) Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEltV) vom 21. Juni 1979 (BGBl. I S. 684), geändert durch Gesetz vom 25. September 1990 (BGBl. I S. 2106),
  - e) Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Gasversorgung von Tarifkunden (AVBGasV) vom 21. Juni 1979 (BGBl. I S. 676), geändert durch Gesetz vom 25. September 1990 (BGBl. I S. 2106).

(2) Die Regierungspräsidien sind als Energieaufsichtsbehörde zuständig für

1. die Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung gemäß § 12 Abs. 2 EnWG,
2. eine regelmäßige Auskunftseinholung bei Energieversorgungsunternehmen nach § 18 Abs. 2 EnWG.

**§ 2**

**Fernwärme**

Zuständige Behörde im Sinn von § 17 Abs. 2 und § 18 Abs. 3 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) vom 20. Juni 1980 (BGBl. I S. 742), geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 19. Januar 1989 (BGBl. I S. 109, 112), ist das Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit.

**§ 3**

**Energieverbrauchskennzeichnung**

Zuständige Behörde für den Vollzug des Gesetzes zur Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der Energieeinsparung bei Haushaltsgeräten (Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz – EnVKG) vom 1. Juli 1997 (BGBl. I S. 1632), geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 13. August 1997 (BGBl. I S. 2036, 2042), und der auf seiner Grundlage ergangenen Rechtsverordnungen sind die Regierungspräsidien.

**§ 4**

**In-Kraft-Treten und Außer-Kraft-Treten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über Zuständigkeiten nach dem Energiewirtschaftsgesetz (ZustVOEnWG) vom 1. Dezember 1995 (SächsGVBl. S. 421) und die Verordnung über die Zuständigkeiten bei Enteignungen nach dem Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft (ZustVOEnWG) vom 13. Juli 1993 (SächsGVBl. S. 571) außer Kraft.

Dresden, den 8. Dezember 2000

**Der Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit**  
**Dr. Kajo Schommer**

**Dritte Verordnung**  
**des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus**  
**zur Änderung der Verordnung über den Erwerb einer**  
**Lehrbefähigung in einem weiteren Fach**  
**Vom 19. Dezember 2000**

Auf Grund von § 40 Abs. 3 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen (SchulG) vom 3. Juli 1991 (SächsGVBl. S. 213), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (SächsGVBl. S. 271) geändert worden ist, wird verordnet:

**Artikel 1**

§ 8 Satz 2 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über den Erwerb einer Lehrbefähigung in einem weiteren Fach (LbVO) vom 18. März 1993 (SächsGVBl. S. 283), die zuletzt durch Verordnung vom 21. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 407) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Bei der Zulassung zur schulpraktischen Bewährung für das Lehramt an Mittelschulen ist außerdem der Nachweis von

Kenntnissen in Latein erforderlich, wenn die Regelungen der Lehramtsprüfungsordnung I dieses als fachliche Zulassungsvoraussetzung zur Ersten Staatsprüfung vorsehen.“

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Dresden, den 19. Dezember 2000

**Der Staatsminister für Kultus**  
**Dr. Matthias Röbber**

**Bekanntmachung**  
**des Regierungspräsidiums Leipzig**  
**über die Änderung der Zuständigkeit der Stadt Döbeln als untere Bauaufsichtsbehörde**  
**Vom 1. Dezember 2000**

Die Stadt Döbeln ist seit dem 1. Mai 1996 zuständig für die Erfüllung der Aufgaben einer unteren Bauaufsichtsbehörde (SächsGVBl. S. 99).

Das Regierungspräsidium Leipzig hat nunmehr festgestellt, dass die Stadt Döbeln als erfüllende Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Döbeln-Ebersbach die Voraussetzungen des § 59 Abs. 2 in Verbindung mit Absatz 4 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 1999 (SächsGVBl. S. 85, 86) erfüllt.

Damit ist die Stadt Döbeln als erfüllende Gemeinde auch zuständig für die Aufgaben einer unteren Bauaufsichtsbehörde für die Gemeinde Ebersbach.

Die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde für die Gemeinde Ebersbach gehen mit Beginn des übernächsten Monats nach der Bekanntmachung im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt auf die Stadt Döbeln über.

Leipzig, den 1. Dezember 2000

**Regierungspräsidium Leipzig**  
**Steinbach**  
**Regierungspräsident**

**Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes**  
**des Freistaates Sachsen**

Gemäß § 14 Absatz 3 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen (Sächsisches Verfassungsgerichtshofgesetz – SächsVerfGHG) vom 18. Februar 1993 (SächsGVBl. S. 177) werden folgende Urteilsformeln veröffentlicht:

1. Aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen vom 23. November 2000 in dem Verfahren der abstrakten Normenkontrolle auf Antrag des Abgeordneten Dr. Karl-Heinz Kunckel und 29 weiterer Mitglieder des 2. Sächsischen Landtages – Vf. 53-II-97 –:  
Das Gesetz über einen Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen 1997 im Freistaat Sachsen (Finanzausgleichsgesetz 1997 – FAG 1997) vom 10. Dezember 1996 (SächsGVBl. S. 524) ist mit Artikel 85 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Sächsischen Verfassung unvereinbar.

Gemäß § 10 Absatz 1 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen in Verbindung mit § 35 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht hat der Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen folgende Anordnung getroffen:

Das Finanzausgleichsgesetz 1997 ist weiter anzuwenden.

2. Aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen vom 23. November 2000 in dem Verfahren der abstrakten Normenkontrolle auf Antrag von 36 Mitgliedern des 2. Sächsischen Landtages – Vf. 62-II-99 –:  
Art. 1 § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH vom 3. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 190) ist mit der Sächsischen Verfassung vereinbar.  
Art. 1 § 12 Abs. 6 Satz 1 und 4, Abs. 7 Satz 1 i.V.m. Art. 2 § 8 Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH vom 3. Mai 1999 sind verfassungskonform dahin auszulegen, dass die Genehmigung bzw. Zustimmung des Vorstandsvorstandes zur Bestellung, Anstellung und Wiederbestellung von ordentlichen und voll stimmberechtigten stellvertretenden Vorstandsmitgliedern der Verbandssparkassen sowie die Genehmigung bzw. Zustimmung zur Bestellung und Wiederbestellung stellvertretender Vorstandsmitglieder mit beratender Funktion lediglich verweigert werden darf, wenn entweder die Bestellungsbedingungen gemäß § 19 Abs. 2 des Spar-

kassengesetzes des Freistaates Sachsen (SächsSparkG) vom 3. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 190, 195) nicht vorliegen, oder wenn die Verweigerung der Genehmigung bzw. Zustimmung notwendig ist, um die Befolgung von Verbandsrichtlinien für die Geschäfts- oder Personalpolitik durchzusetzen, die zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Aufgabenerfüllung der Verbandssparkasse erforderlich sind.

Art. 1 § 12 Abs. 7 Satz 4 des Gesetzes zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH vom 3. Mai 1999 ist verfassungskonform dahin auszulegen, dass der Vorstandsvorsitz eine Abberufung und Kündigung aus einem anderen wichtigen Grund im Sinne des § 19 Abs. 5 Satz 1 SächsSparkG gegen den Willen des Verwaltungsrates der Verbandssparkasse nur aussprechen darf, wenn das betroffene Vorstandsmitglied der Verbandssparkasse eine die weitere Zusammenarbeit ausschließende Pflichtverletzung gegenüber dem Verband zu vertreten hat. Zur Verweigerung einer vom Verwaltungsrat der Verbandssparkasse geforderten Abberufung oder Kündigung ermächtigt Art. 1 § 12 Abs. 7 Satz 4 des Gesetzes zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH vom 3. Mai 1999 bei verfassungskonformer Auslegung nicht, wenn das Vorstandsmitglied seine Pflichten gegenüber der Verbandssparkasse in einer Weise verletzt hat, die seine Weiterbeschäftigung für diese untragbar erscheinen lässt.

Art. 1 § 12 Abs. 6 Satz 2 und 3, Abs. 7 Satz 2 und 3, §§ 16 und 19 sowie Art. 2 § 6 Abs. 2 Nr. 2, § 6 Abs. 3, § 8 Abs. 3 Nr. 1 Satz 2, Nr. 2, § 9 Abs. 2 Nr. 3, § 11 Abs. 3, § 19 Abs. 3 Satz 2 und 5 des Gesetzes zur Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen einschließlich der Sächsischen Aufbaubank GmbH vom 3. Mai 1999 sind mit der Sächsischen Verfassung vereinbar.

Dresden, den 20. Dezember 2000

**Der Staatsminister der Justiz**  
**Manfred Kolbe**

---

Abs.: SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, VKZ F 48 501, Deutsche Post AG

---

#### HERAUSGEBER

Sächsische Staatskanzlei, Archivstraße 1, 01097 Dresden  
Telefon (03 51) 5 64 11 81, Fax (03 51) 5 64 11 98  
E-Mail: GVBI-ABI@dd.sk.sachsen.de

#### VERLAG, HERSTELLUNG und VERSAND

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH, HRB 9757,  
Lingnerallee 3, 01069 Dresden, Telefon (03 51) 4 87 43 66, Fax (03 51) 4 87 47 49  
E-Mail: Verlag-Saxonia@t-online.de

**Abo-Adressverwaltung, Bestellungen:** Frau Stephan, Telefon (03 51) 4 87 43 66  
Bei allen schriftlichen Mitteilungen an den Verlag bitten wir Sie, Ihre Kunden-Nr.  
(1. Zeile des Adress-Etiketts) anzugeben.

Bankverbindung: Postbank Leipzig, Kto.-Nr. 1445 88-906, BLZ 860 100 90

#### ERSCHEINUNGSHINWEISE

Das Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt erscheint nach Maßgabe des Herausgebers.

#### BEZUG

Das Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Auftrag des Herausgebers vom SAXONIA Verlag ausgeliefert. Bestellungen sind generell schriftlich an den SAXONIA Verlag, Abteilung Versand zu richten.

#### BEZUGSBEDINGUNGEN

Der Preis für ein **Jahresabonnement** des Sächsischen Gesetz und Verordnungsblattes beträgt 95,00 DM.

Die Aufnahme ins Abonnement ist jederzeit möglich und erfolgt zu Monatsbeginn zum anteiligen Jahresabonnementspreis. Noch vor dem Monatsbeginn liegende Ausgaben können zum Einzelstückpreis bezogen werden.

**Reklamationsfrist:** 4 Wochen nach Erscheinen

**Kündigungen** für das folgende Kalenderjahr müssen mindestens sechs Wochen vor Jahresende schriftlich beim SAXONIA Verlag vorliegen.

Der Preis für **Einzelstücke** beträgt 2,80 DM bis zu 8 Seiten Umfang, 3,40 DM bis 16 Seiten, 4,00 DM bis 24 Seiten, 4,60 DM bis 32 Seiten; für weitere jeweils angefangene 8 Seiten werden 0,60 DM berechnet (bei Versand zzgl. Versandkosten).

*Alle oben genannten Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer, Porto und Versandkosten.*

Der **Einzelpreis** für das vorliegende Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt beträgt 3,64 DM = 1,86 € (inklusive 7 % MwSt., bei Versand zzgl. Versandkosten).

ISSN 0941-3006

Internet: <http://www.recht-sachsen.de>